

sagt: „Ja, wir können folgen!“, dann ist das für mich ein Anlass, zu sagen: „Dann prüfe ich auch noch einmal, um zu sehen, ob sich da nicht möglicherweise eine Besserstellung des Bundes gegenüber dem, was nötig wäre, ergeben hat“. Diese Prüfung dauert an. Wenn die Prüfung abgeschlossen ist, dann werden wir dem Vertrag in der Weise, wie er dann richtig ist, auch gerecht werden.

Dass wir da eine Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt eingestellt haben, ist völlig richtig. Denn wenn diese Überprüfung zu dem Ergebnis führt, dass dieser Vertrag so gelten kann, dann muss in 2014 auch bezahlt werden. Dazu ist sie da.

Uns da zu unterstellen, wir hätten keine saubere Ausweisung von Mitteln vorgenommen, ist schlicht und ergreifend das Gegenteil dessen, was Sie fordern, nämlich Transparenz in unserem Haushaltsgebaren. Wir haben einen transparenten Haushalt. Wir sind auf einem guten Weg zur Schuldenbremse. Das, was wir hier machen, kann sich angesichts der Herausforderungen dieses Landes sehr gut darstellen und sehen lassen. Ich sage Ihnen: Dazu werden auch noch eine Reihe von Diskussionen zwischen Ländern und Bund nötig sein. Dafür haben wir jetzt auch Grundlagen geschaffen. An die gehen wir auch heran. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Damit können wir noch im Rahmen unseres Zeitplans zur Abstimmung kommen. Die läuft folgendermaßen ab:

Erstens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Stein, **Drucksache 16/4484**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Selbstverständlich der fraktionslose Abgeordnete Stein als Antragsteller, dazu einige aus der Piratenfraktion, dazu die CDU-Fraktion – soweit ich sehe und sie vorhanden ist – geschlossen, die FDP-Fraktion – soweit vorhanden – auch geschlossen. Wer stimmt dagegen? – Dagegen stimmen die SPD-Fraktion und die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, relativ weitgehend vorhanden. Wer enthält sich der Stimme? – Es enthält sich der Stimme einer aus der Piratenfraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4412, den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – Das tun SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diesen Vorschlag? – Die Fraktion der Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein sowie die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Das ist bei diesem

Punkt nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen**.

Die Abstimmung über den Einzelplan 20 sowie den Text des Haushaltsgesetzes und dessen Anlagen werden wir, wie bereits mehrfach angekündigt, erst morgen nach Abschluss der Beratungen über die Einzelpläne vornehmen. – Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich habe eine freudige Zwischenaufgabe. Ich darf nämlich Herrn Robert Otepka begrüßen, der sich als neuer Konsul und Leiter der Konsularischen Vertretung der Tschechischen Republik heute hier im Landtag bei der Freundschaftsgruppe vorstellt. Herzlich willkommen, Herr Konsul!

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass unser Hohes Haus auch mit Ihrer Republik beste Beziehungen pflegt. Der Kollege Werner Jostmeier ist für dieses Thema hier federführend zuständig.

Damit kommen wir zum nächsten Arbeitspunkt, und zwar zum

Einzelplan 02 Ministerpräsidentin

mit den Teilbereichen a) Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, b) Landesplanung, c) Europa und Eine Welt und d) Medien.

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4402 hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache für den

Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei

und darf das Wort zunächst dem von mir eben schon erwähnten Herrn Kollegen Jostmeier geben. Bitte schön.

Werner Jostmeier (CDU): Herzlichen Dank für diese Vorrede. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher im Landtag Nordrhein-Westfalen! Herr Konsul, sehen Sie es mir nach: Weil die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt jetzt stattfindet, müssen wir uns eine Viertelstunde später treffen. Seien Sie aber ganz herzlich willkommen! Danke, dass Sie da sind!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt den Haushalt der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei zu beraten. Die Ministerpräsidentin kann heute aus verständlichen Gründen nicht hier sein.

Dafür darf ich Sie, Frau Löhrmann, als stellvertretende Ministerpräsidentin ansprechen.

(Ministerin Sylvia Löhrmann deutet auf Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren.)

Bevor ich auf das Zahlenwerk zu sprechen komme, muss gerade bei dem Haushalt der Regierungschefin und der Staatskanzlei Folgendes festgestellt werden: Wenn Rot-Grün seit 2010 mehrfach beim Haushalt gegen die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen verstoßen hat, wenn Haushaltssanierung und Sparsamkeit offensichtlich nicht Priorität haben und wenn Hunderte von Bürgermeistern und Kommunalpolitikern aus Nordrhein-Westfalen heute Morgen parteiübergreifend vor dem Landtag mit Recht gegen den Kommunal-Soli protestieren – denn der Kommunal-Soli hat nichts mit Solidarität zu tun, meine Damen und Herren; er ist eine rot-grüne Strafaktion gegen solide wirtschaftende Kommunen –, dann trägt für alles das die Ministerpräsidentin die Hauptverantwortung.

Diese Haushaltspolitik ist nicht nur unfair und ungerecht. Sie schadet auch dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, sie schadet dem Land Nordrhein-Westfalen, und sie schadet insbesondere der jungen, nachwachsenden Generation der Steuerzahler.

Zum Haushalt selber: Die Personalausgaben – ohne Hochschulpersonal – steigen gegenüber 2013 um 245 Millionen € auf 23,1 Milliarden €.

Die Neuverschuldung sinkt zwar von 3,4 auf 2,4 Milliarden €. Aber Rot-Grün profitiert – das ist vorhin mehrfach zur Sprache gekommen – weiter von den sprudelnden Steuereinnahmen: 4,8 % Steigerung gegenüber dem Jahr 2013.

Der Schuldenstand beträgt Ende 2014 fast 139,6 Milliarden € und steigt bis Ende 2017 auf 144,3 Milliarden €. Nun hat der Finanzminister hier gerade die These mit jedem siebten Euro infrage gestellt. Da mag er ja recht haben. Wenn man die Grundrechenarten beherrscht und einmal von einem Zinssatz von durchschnittlich 3 % ausgeht, kommt man aber zu dem Ergebnis: Dieser Schuldenstand Endes des Jahres 2013 bedeutet, dass der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen pro Tag mindestens 11 Millionen € Zinsen für diesen Schuldenhaushalt zahlt.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP haben in den Jahren von 2005 bis 2010 bewiesen: Investitionen in Zukunftsbereiche und gleichzeitige Haushaltssanierung sind möglich.

Die CDU-Fraktion hat in diesen Tagen und Wochen insgesamt 67 Änderungsanträge zum Landeshaushalt gestellt. In der Summe hätte sich daraus ein Einsparvolumen von knapp 900 Millionen € ergeben. Damit hätte die Neuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen von 2,4 auf 1,5 Milliarden €

gesenkt werden können. Rot-Grün hat alle Einsparungsvorschläge pauschal zurückgewiesen.

Zum Haushalt der Staatskanzlei selber: Der Haushalt steigt um 1,38 Millionen € auf 120,6 Millionen €.

Zwei Änderungsanträge haben wir in den Fachberatungen der Fachausschüsse eingebracht, meine Damen und Herren.

Wir fordern, dass die Mittel für Geldgeschenke bei Mehrlingsgeburten wieder bereitgestellt werden. Das haben wir auch im vergangenen Jahr getan, und zwar aus guten Gründen. Auch das ist von Rot-Grün leider abgelehnt worden.

Die Deckung für die Finanzierung von Geschenken bei Mehrlingsgeburten soll durch einen Verzicht auf die TatKraft-Tage stattfinden. Die aus dem Titel „Kongresse und Veranstaltungen“ finanzierten TatKraft-Tage der Ministerpräsidentin dürften nämlich ohnehin nicht fortgesetzt werden; denn dieses im Wahlkampf begonnene Veranstaltungsformat darf nicht aus dem Landeshaushalt bezahlt werden.

(Beifall von Jens Kamieth [CDU])

Die rot-grüne Landesregierung, meine Damen und Herren, verweigert sich beharrlich strukturellen Reformen. Solide Finanzpolitik findet nicht statt. Interviews und populistische Forderungen können nicht davon ablenken, dass Rot-Grün keinen Plan hat, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Es fehlt ein Gesamtkonzept. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist das wirtschafts- und sozialpolitisch verantwortungslos.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, von der CDU ein eindeutiges und klares Nein für den Haushalt. Von der CDU keine Stimme für den Haushalt der Staatskanzlei! – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Töns das Wort.

Markus Töns (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werner Jostmeier, eigentlich debattieren wir heute nicht nur insgesamt über den Landeshaushalt, sondern wir debattieren auch über die einzelnen Aspekte in den Einzelplänen. Wir sind beim Einzelplan 02, und hier bei dem Haushalt der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei. Dazu habe ich von dir wenig gehört. Um es deutlich zu sagen: Eigentlich hast du gar nichts dazu gesagt. Das war im Prinzip ziemlich neben der Spur. Du hast dich auf gesamthaushalterische Debatten eingelassen. Das finde ich schon spannend.

Wenn wir das schon tun, will ich nur einen Hinweis geben, ich gebe dir eine Zahl mit auf den Weg: Von 2005 bis 2010 hat die Landesregierung Rüttgers

20 Milliarden € Schulden gemacht. Dabei ist nichts für das Land herausgekommen. Dann hier solch eine Rede zu halten, ist schon sehr abenteuerlich. Das muss ich an der Stelle einmal sagen.

Wir reden also über den Einzelplan 02, Ministerpräsidentin, der uns heute vorliegt. Er fügt sich nahtlos in die Linie ein, die der Gesamthaushalt vorgibt. Angesichts der Änderungsanträge, die die CDU vorgelegt hat, können wir mit großem Selbstbewusstsein sagen: alles richtig gemacht. Wenn das alles ist, was Sie im Einzelplan 02 ändern wollen, dann könnten Sie ihm doch guten Gewissens zustimmen. Auch in der Debatte des Hauptausschusses zum Einzelplan 02 gab es keine Anmerkungen dazu.

Daraus folgt jedoch nicht, dass wir Ihre Änderungsanträge übernehmen wollen. Die Veränderungen im Entwurf sind aus gutem Grund erfolgt; das haben wir Ihnen schon letztes Jahr gesagt.

Ich will es noch einmal sagen – das ist manchmal etwas ermüdend, weil sich die Debatten jedes Jahr wiederholen und dieselben Argumente genannt werden, aber ich wiederhole es gern –: Die 140.000 € für Mehrlingsgeburten sind nie ausgeschöpft worden. Das ist ein Fakt. Wir haben vor allem das Problem, dass diese Unterstützung für Transfergeldempfänger und ihre Familien völlig ins Leere läuft, da sie komplett angerechnet wird. Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass wir auf einem anderen Weg viel bessere Unterstützung leisten können.

Dann kommt der Kürzungsvorschlag, den Sie für den Aufwuchs im Bereich Kongresse und Veranstaltungen vorlegen. Das hat schon wiederkehrenden Unterhaltungswert, Werner Jostmeier. Auch da wiederhole ich gern: Angesichts dessen, was Sie sich in den Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung geleistet haben, sollten Sie überall Kürzungsvorschläge machen, aber ganz bestimmt nicht in diesem Bereich. Ich will nur noch mal an die Petersberger Convention erinnern, wo 800.000 € im Jahr für 1.000 geladene Gäste verbraten wurden.

(Werner Jostmeier [CDU]: Die Debatte ist sechs Jahre alt!)

Eben ist ein Satz gefallen, der einen nachdenklich machen kann, vielleicht auch den einen oder anderen Zuhörer: Die TatKraft-Touren der Ministerpräsidentin dürften nicht mehr stattfinden. – Ich weiß nicht, wer das festgestellt hat. Das ist so nicht der Fall. Die TatKraft-Touren der Ministerpräsidentin sind zum einen sehr beliebt. Die Menschen finden es gut, dass die Ministerpräsidentin zu ihnen kommt. Zum anderen gibt es keinen Beleg dafür, dass das nicht durchgeführt werden darf. Ich weiß gar nicht, woher Sie das nehmen. Das ist auch wieder sehr abenteuerlich.

Sie haben 800.000 € bei der Petersberger Convention verbraten. Mit dem Parlament sind Sie in der Frage sehr, sehr merkwürdig umgegangen, und

jetzt wollen Sie sich als Moralapostel aufplustern. Die Ansätze im Bereich Kongresse und Veranstaltungen sind im Vergleich zu anderen Bundesländern völlig moderat. Hier wird nicht geprotzt. Hier wird nicht, wie mancher CDU-Oberbürgermeister es macht, First Class geflogen.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Wer macht das denn?)

Hier werden die notwendigen Ausgaben für die Repräsentation und die Öffentlichkeitsarbeit, wie sie sicherlich unumstritten für ein großes Land wie Nordrhein-Westfalen nötig sind, mit Augenmaß und der richtigen Verhältnismäßigkeit getätigt.

Lassen Sie mich einen Haushaltstitel noch ausdrücklich erwähnen, den ich für außerordentlich wichtig halte: Dass wir die institutionelle Förderung der KlimaExpo auf den Weg gebracht haben, freut mich als Gelsenkirchener Abgeordneten besonders. Die Geschäftsstelle im Wissenschaftspark Gelsenkirchen hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Mit der KlimaExpo, die vom Ruhrgebiet ausgehend zeigen wird, dass Klimaschutz und Stärkung des Industriestandortes keine Gegensätze sind, gehen wir neue Wege. Die Standortwahl zeigt auch, dass das Gerede von den verpassten Chancen im Ruhrgebiet keinerlei Substanz hat, sondern nur dazu dient, sich auf Kosten der Menschen im Revier billig woanders Beifall einzukaufen. Ich freue mich auf jeden Fall sehr auf den Prozess, den wir mit der KlimaExpo angestoßen haben.

Zum Schluss noch einmal: Die Haushaltsansätze im Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin sind moderat. Sie fügen sich in das Gesamtbild des Haushalts ein. Sie leisten einen Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushalts. Deshalb kann ich Sie alle nur um Zustimmung bitten. – Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Töns. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich trägt die Ministerpräsidentin die Generalverantwortung für die desaströse Haushaltspolitik, die wir heute hier mit diesem Haushaltsentwurf zur Beratung und Abstimmung vorliegen haben.

Zur TatKraft-Tour ist gerade einiges völlig zutreffend angemerkt worden. Es bleibt die Kritik an dieser Veranstaltung, dass zumindest der Anschein erweckt wird, dass hier ein Wahlkampfformat auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fortgesetzt wird. Diese Kritik mögen Sie vielleicht nicht gerne hören, aber wenn man die Namensgleichheit im Veranstaltungstitel verwendet, dann muss man

sich auch mit einem solchen Vorwurf auseinanderzusetzen und mit ihm zu Recht konfrontiert werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich will – da wir ganz konkret bei dem Einzelplan sind – auf zwei Punkte im Wesentlichen eingehen: Zum einen gibt es in dem Einzelplan 02, in dem Bereich der Staatskanzlei, der Ministerpräsidentin, einige Titel, die – lassen Sie es mich einfach sagen – sehr großzügig ausgestattet sind. Ich will gerne zubilligen, dass man das Jahr 2012 wegen der besonderen Situation als Referenzwert nur bedingt heranziehen kann. Aber schauen wir uns einmal das Jahr 2011 als Referenz an! Da werden diese Titel, was die Ist-Werte angeht, deutlich unterschritten. Hier wird also durchaus eine kleine Schatulle angelegt. Das ist so nicht in Ordnung.

Ganz konkret betrifft das die Titelgruppe 60: „Wissenschaftliche Beratung zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen“. Da wurden in den Jahren 2011 und 2012 Ansätze in Höhe von 650.000 € bewilligt, verausgabt wurden aber in 2012 ganze 98.000 € – wobei ich ja für das Jahr 2012 gerne den Sondereffekt zubillige – und in 2011 nur 119.000 €. Das ist gerade ein Sechstel der Summe. Es gehört zur Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, dass man die Titel zutreffend im Haushalt veranschlagt.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kämmerling?

Angela Freimuth (FDP): Nein, ich möchte bitte im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage. – Bitte.

Angela Freimuth (FDP): Das Gleiche findet sich auch bei dem Titel „Geschäftsbedarf und Kommunikation“. Auch da kann man deutlich sehen, dass mit 1,9 Millionen € dieser Titel im Vergleich zu den tatsächlichen Ist-Ausgaben der Jahre 2011 und 2012 deutlich überzeichnet ist.

Andersherum findet sich eine andere Besonderheit, und da passt es wieder ganz besonders gut zusammen: Die Staatskanzlei der Ministerpräsidentin beschäftigte im Jahr 2012 Aushilfen mit befristeten Arbeitsverträgen in einem Volumen von 322.000 €, im Jahr 2011 sogar für 430.000 €. Das Parlament, der Haushaltsgesetzgeber, der Vertreter des Souveräns, hatte allerdings für die beiden Jahre jeweils nur einen Mittelansatz in Höhe von 106.700 € bewilligt. Das ist auch für das Jahr 2013 so und wird

auch für das Jahr 2014 von der Landesregierung wieder so beantragt.

Meine Damen und Herren, wenn man denn die titelscharfe Haushaltsberatung und Abstimmung weiter möchte, dann darf man das nicht durch solche, willkürlich gesetzten Haushaltsansätze ad absurdum führen.

(Beifall von der FDP und Werner Jostmeier [CDU])

Wenn wir gerade bei dem Thema befristete Arbeitsverträge sind: Eine Ministerpräsidentin, die den Umfang der befristeten Arbeitsverträge kritisiert hat, aber in Ihrem eigenen Haus einen dreifach höheren Geldbetrag, als im Haushalt vom Parlament bewilligt, für befristete Arbeitsverträge ausgibt – lassen Sie es mich einfach so formulieren –, untermauert nicht gerade ihre eigene Glaubwürdigkeit.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Aber beim Thema Glaubwürdigkeit bin ich eh ernüchert. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Punkt ansprechen, der symptomatisch ist. Im Stellenplan der Staatskanzlei ist die überwiegende Anzahl der ausgebrachten Planstellen mit A11 oder höher eingestuft. Das sind alles die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Landes, der Staatskanzlei, die bei der Besoldungsanpassung in diesem Jahr einfach leer ausgehen. Über die Frage und Rechtmäßigkeit – wir sind der Auffassung, dass ein solches Verhalten nicht in Übereinstimmung mit der Verfassung steht – wird der Verfassungsgerichtshof entscheiden.

Aber, meine Damen und Herren, was hier an „Fairness“ und „Transparenz“ betrieben wird, ist für die Öffentlichkeit nur Augenwischerei. So ist der Haushalt auf jeden Fall nicht zustimmungsfähig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst den Kollegen Jostmeier ansprechen. Sie haben Ihre Rede mit dem Textbaustein für die allgemeine Bewertung des Haushalts begonnen. Es hätte jetzt nur noch gefehlt, dass Sie die Strecke, wie viel Steine man aneinanderlegt, was die Neuverschuldung angeht, berechnen oder auch andere Spielchen machen, die da üblich sind. – Ich möchte nur daran erinnern: Entweder haben Sie es nicht für nötig gehalten, meiner Rede zu lauschen, oder Sie haben schlichtweg ignoriert, was ich vorhin vorgebracht habe.

(Werner Jostmeier [CDU]: Nein, ich war dabei!)

Denn, Herr Kollege Jostmeier, was Sie machen, ist billig. Sie werfen uns einerseits Mehrausgaben vor, haben aber Ausgabewünsche in einer Größenordnung – ich habe es Ihnen eben vorgerechnet – von über 2 Milliarden €, die Sie nicht gegenfinanzieren. Sie haben uns mangelnden Willen zur Transparenz vorgeworfen, wollen aber gleichzeitig 730 Millionen € für das Personal mehr ausgeben, sagen aber nicht, wie und wo Sie das gestalten wollen.

Frau Kollegin Freimuth, Sie haben sich ja sehr bemüht, diese Debatte, die im Ausschuss quasi nicht stattgefunden hat, hier stattfinden zu lassen. Aber, dass die FDP-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss dem CDU-Antrag nicht einmal ein Nein entgegenhalten konnte, was die Mehrausgaben für die Geschenke anlässlich von Mehrlingsgeburten betrifft, lässt mich noch mehr als bisher daran zweifeln, dass Sie ernsthaft an Haushaltskonsolidierung denken, wenn Sie Haushaltspolitik machen.

Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, Frau Kollegin, dass die FDP-Fraktion diese Mittel wieder einstellen will und glaubt, den Landeshaushalt konsolidieren zu können, wenn sie selbst bei kleinsten Beträgen, bei denen wir uns abgemüht haben, Dinge, die überkommen sind, aus dem Haushalt herauszunehmen, ihre Unterstützung nicht zeigen kann.

Sie haben das Thema „TatKraft“ angesprochen, Herr Kollege Jostmeier, den Ladenhüter – fast so cool, wie die Studienbeiträge wieder einzuführen – in Ihrer Debatte.

(Werner Jostmeier [CDU]: Genau wie das mit der Petersberger Convention!)

Ich habe nachgesehen, was in dem Einzelplan, den wir hier besprechen, überhaupt drin ist. Sie sagen in einem weiteren Haushaltsantrag, in Ihrem sogenannten Sanierungskonzept, die Beträge für Veröffentlichungen müssten zum Beispiel auch pauschal gekürzt werden. Ich habe noch die wegweisende Rede von Ihnen, Herr Kollege Jostmeier, vermisst, in der Sie die 20 % pauschalen Kürzungen bei Förderprogrammen im Einzelplan 02 rekapitulieren.

Ich werde auch gleich den Kollegen Müller – der war vorhin nicht im Raum – daran erinnern, der das im Sportbereich beziffert, an welchen Stellen Sie das machen wollen. Sie müssten eigentlich ein bisschen mehr herausholen, weil ja andere Bereiche ausgeschlossen worden sind. – Das machen Sie alles nicht. Insofern ist das nicht nachvollziehbar.

Wir haben noch eine wichtige zugegebenermaßen kleine Korrektur vorgenommen. Da ging es um den Bereich der RVR-Fraktionen. Auch dort kommt es jetzt zu einer Ausstattung in einer Größenordnung von 90.000 € zusätzlich, weil auch der RVR seit 2008 – schwarz-gelbes Gesetz im Übrigen – die

Funktion eines Regionalrates wahrnimmt. Insofern ist es nur fair und gerecht, dass auch dieser Regionalrat entsprechend ausgestattet wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kämmerling?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Ja.

Stefan Kämmerling (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben wie bereits einige Ihrer Vorredner zuvor das Thema „TatKraft-Tour“ angesprochen, und die Ausführungen Ihrer beiden Vorredner widersprechen durchaus meinen persönlichen Erfahrungen mit dem Format.

Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang ein, dass vor wenigen Monaten in Aachen in einer Spedition, einem sehr großen Arbeitgeber der Region, Herr Oberbürgermeister Philipp Frau Kraft folgendermaßen ansprach? Er führte aus, dass er diese Veranstaltung für ein allerbestes Beispiel für Bürgernähe halte, und formulierte außerdem, dass er die Kritik an diesem Format ausdrücklich nicht teile. Wie schätzen Sie das im Zusammenhang mit den Redebeiträgen der Abgeordneten von FDP und CDU ein?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege, vielen Dank für die Frage. Ich will dazu drei Bemerkungen machen.

Erstens. Es ist völlig selbstverständlich, dass die erste Repräsentantin von Nordrhein-Westfalen, Frau Ministerpräsidentin Kraft, die Möglichkeit haben muss, Veranstaltungen durchzuführen, in denen sie die Politik der Landesregierung darstellen kann. Das ist nicht nur recht und billig, sondern es ist notwendig, weil sich der Staat und auch die Ministerpräsidentin präsentieren müssen.

Zweitens. Ich nehme sehr wohl zur Kenntnis, was der Kollege aus Aachen gesagt hat. Das steht natürlich in krassem Widerspruch zu dem, was die Kollegen eben vorgetragen haben.

Drittens. Das, was Frau Kraft macht, steht auch von der Funktion her in krassem Widerspruch zu dem – Sie haben selbst das Stichwort geliefert, Herr Kollege Jostmeier –, was bei der Petersberger Convention oder anderen Prozessen stattgefunden hat.

Das Format von Frau Kraft halte ich für sehr vernünftig. Auf die Leute zuzugehen, dann diese Veranstaltung auszuwerten und es am Abend mit den Bürgerinnen und Bürgern ausführlich zu diskutieren, das halte ich für ein gutes Format. Geschmacksache ist es – das will ich zugestehen –, was die Beteiligung anbetrifft. Was die Werbestrategen manch-

mal machen, da gehen die Geschmäcker auseinander. Aber dazu will ich mich nicht äußern. Politisch ist es völlig in Ordnung, dass die Ministerpräsidentin das macht, auch die Ausfinanzierung dieses Titels.

Letzte Bemerkung – ich will mich hier nicht abmühen und Debattenbeiträge hineinformulieren, die es nicht gibt –: Die CDU hat jeden Anspruch vermissen lassen, ihre Haushaltsvorschläge darzustellen. Auch Herr Kollege Jostmeier ist über pauschale Einwände nicht hinausgekommen.

Unsere Fraktion wird der jetzt veränderten Fassung des Einzelplans 02 zustimmen. Ich freue mich, dass für den RVR diese Veränderung auch gekommen ist und kann – wie gesagt – nicht ganz nachvollziehen, warum die Ladenhüter „TatKraft“ und „Mehrlingsgeburten“ wieder auf den Tisch gekommen sind. Insofern bitte ich um Zustimmung.

(Vereinzelt Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Kollege Marsching.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren hier und zu Hause! Ich möchte zunächst zwei Sätze zu Frau Kollegin Freimuth verlieren. Wenn Sie sich den Einzelplan 02 so genau angesehen und viele Punkte gefunden haben, bei denen man etwas verbessern kann, dann freuen wir uns zur dritten Lesung auf hoffentlich viele Änderungsanträge, die Sie in dem Bereich stellen. Bis jetzt habe ich dazu leider noch nichts gehört.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Heute ist also wieder Murrelertag. Wir sehen die gleichen Anträge der CDU wie im letzten Jahr zu den Themen „Mehrlingsgeburten“ und „TatKraft-Tage“ – es geht auch noch um Rettungsmedaillen bei den Mehrlingsgeburten; aber gut –, bei dem einen Thema sogar mit der wortgleichen Begründung. Herr Töns hat dazu schon vieles gesagt.

Ich möchte noch eines ergänzen: Wo kommen die Mehrlingsgeburten in erhöhtem Maße vor? Das ist da, wo künstliche Befruchtung vorgenommen wird. Wer kann sich das leisten? Die Leute, die eh schon Geld haben, und denen schmeißen wir noch Geld hinterher.

(Werner Jostmeier [CDU]: Unglaublich!)

Was die Bedürftigen angeht, dazu haben wir gerade schon von Herrn Töns etwas gehört.

Die Ministerpräsidenten dieses Landes haben schon immer Öffentlichkeitsarbeit und auch schon immer Touren gemacht. Ich finde, dass die Forderung nach Einstellung der TatKraft-Tage nichts anderes als ein Feigenblatt ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Denn – auch darauf hat Herr Töns schon hingewiesen – wenn Sie tatsächlich die TatKraft-Tage für nicht verfassungsgemäß halten und meinen, da würde Wahlkampf gemacht mit Geldern, die dem Landtag zustehen, dann gehen Sie doch bitte vor Gericht und klagen es ein!

Zum Schluss zitiere ich aus dem Hauptausschussprotokoll. Herr Torsten Sommer von den Piraten sagt, er schlägt zur Glättung der Wogen vor, dass an TatKraft-Tagen künftig ein Vertreter jeder Fraktion teilnehmen soll, damit alle politischen Kräfte davon profitieren könnten. – Das ist ein Zitat aus dem letzten Haushaltsjahr.

Es gibt dieses Jahr also nicht viel Neues. Ich hätte meine Rede vom letzten Jahr auch recyceln können. Aber die CDU recycelt schon ihre Anträge.

Wir können diesem Teilbereich im Einzelplan zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Etatentwurf des Einzelplans 02 für das kommende Haushaltsjahr steht für den Willen der Ministerpräsidentin zu kontinuierlicher und nachhaltiger politischer Schwerpunktsetzung bei gleichzeitigem Nachweis von Haushaltskonsolidierung auch im eigenen Haus. Da spielt es dann keine Rolle, dass ihr Etat mit einem Anteil von unter 0,2 % fiskalisch eher nachrangig ist.

Wo werden politische Schwerpunkte gesetzt? Wo wird weiter eingespart?

Lassen Sie mich zunächst zu den Einsparungen kommen. Gespart wird durch die dauerhafte Fortschreibung des bereits in 2013 festgeschriebenen anteiligen Einsparbetrages in Höhe von 1,9 Millionen € bei den Förderansätzen des Landes. Gespart wird auch durch den Verzicht auf neue Planstellen. Im Gegenteil, im Saldo soll im Einzelplan 02 im Jahr 2014 eine Stelle abgebaut werden. Letztlich wird auch im Rahmen des Haushaltsvollzugs gespart, nämlich durch die Vorgabe, drei globale Minderausgaben mit einem Gesamtbetrag von 3,72 Millionen € zu erwirtschaften. Bei diesem kleinen Haushalt ist das eine große Herausforderung. Aber sie verschafft auch die notwendige Flexibilität im Rahmen des Regierungsalltags.

Meine Damen und Herren, in welchen Bereichen möchte Frau Ministerpräsidentin Kraft 2014 haushaltsrelevant politische Schwerpunkte setzen? Herr

Töns hat das vorhin schon ausgeführt. Es geht unter anderem um den Haushaltsansatz in der Titelgruppe 60 für die „Expo Fortschrittmotor Klimaschutz“ und die Energiewende. Es wird zum einen ein Zuschuss für die institutionelle Förderung der Trägergesellschaft der „Expo Fortschrittmotor Klimaschutz“ veranschlagt. Zum anderen geht es darum, zur Begleitung der Energiewende in der Staatskanzlei befristet einen Stab von insgesamt vier Projektkräften auf Referenten- und Sachbearbeiterebene einzurichten und operativ auszustatten.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch noch die Bemerkung, dass der Gesamtansatz dieser Titelgruppe nicht etwa zusätzlich bereitgestellt, sondern dauerhaft durch entsprechende globale Absenkungen von Haushaltsmitteln in den Förderhaushalten des Wirtschafts-, Umwelt-, Bau- und Wissenschaftsministeriums refinanziert wird.

Auf einen Titel möchte ich besonders hinweisen, weil er der Ministerpräsidentin am Herzen liegt. Wir wollen nach vielen Jahren des Stillstands und einer in den Jahren 2005 und 2006 erfolgten Absenkung das Fördervolumen für die christlich-jüdischen Gesellschaften in NRW wieder auf das Niveau des Jahres 2005 bringen. Deswegen wird die institutionelle Förderung um 38.000 € auf insgesamt 380.000 € erhöht. Damit möchten wir auch die verdienstvolle Arbeit um die dauerhafte Aussöhnung zwischen den verschiedenen Religionen unterstützen. Es handelt sich um eine weitgehend ehrenamtliche Tätigkeit von 24 Gesellschaften im Land.

Lassen Sie mich kurz auf die Kritik von Frau Freimuth zu den Aushilfskräften eingehen. Es ist zutreffend, dass es 2011 und 2012 Haushaltsüberschreitungen gab, die durch haushaltsgesetzliche Ermächtigungen zugestanden wurden. Aber ab 2013 liegt keine Überschreitung mehr vor. Der Ansatz lag bei 106.700 €. Die Ist-Ausgabe per 31. Oktober liegt bei 51.400 €. Aushilfskräfte sind flexible Möglichkeiten, die nicht immer im Detail vorgeplant werden können.

Zur Öffentlichkeitsarbeit, zu Repräsentation und Veranstaltungen sind in der Tat immer wieder die TatKraft-Tage von der Opposition angesprochen worden. Herr Jostmeier, ich möchte auf einen Ihrer Vorwürfe eingehen. Von der Bundestagsverwaltung ist der Vorwurf geprüft worden, ob es sich um eine indirekte Parteienfinanzierung handele. Das Ergebnis dieser Prüfung ist, dass es keinerlei Anhaltspunkte für einen Verstoß

(Beifall von der SPD)

gegen das Spendenannahmeverbot oder gegen Transparenzvorschriften gibt. Damit ist dieser Vorwurf nicht zu halten.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich gerne auf die Kritik von Frau Freimuth in Bezug auf wissenschaftliche Beratungen eingehen. Im Vergleich zur Höhe des Ansatzes zu Zeiten der

Vorgängerregierung mit 1,45 Millionen € wurde dieser Ansatz inzwischen auf eine Höhe von 655.000 € mehr als halbiert. Wir haben Beratungsbedarf für die Politik der Vorbeugung. Es soll ein Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung erarbeitet werden. Wir brauchen Wissen über die Ermittlung von Präventionsrenditen, von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen usw.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Es ist ein solider und verantwortlicher Haushalt, der die Ausgaben disziplin des Gesamthaushaltes widerspiegelt. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren. – Da zu diesem Teilbereich keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zum

Teilbereich Landesplanung

Ich rufe für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Bergmann auf.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Landesregierung hat es spannend gemacht. Über Monate hinweg kündigte sie den Entwurf für den LEP an, um ihn nach weiteren Verschiebungen endlich im Juli im Wirtschaftsausschuss vorzulegen.

Landesplanung verfolgt eigentlich das Ziel, wirtschaftliche Entwicklungen zu fördern und zu unterstützen. Durch falsche Festsetzungen kann sich das aber schnell ins Gegenteil verkehren. Bedenken Sie, wie sensibel auch außerhalb der Politik auf Planungsfehlentwicklungen reagiert wird. Das geschieht dann oft nicht unmittelbar, sondern im Rahmen der Investitionszyklen von Unternehmen, was schließlich Arbeitsplätze außerhalb unseres Landes zur Folge hat.

Laut Haushaltsentwurf sieht die Landesregierung für die Landesplanung für 2014 Ausgaben von etwa 2,5 Millionen € vor. Wir finden, dass das für den vorgelegten Entwurf definitiv zu viel Geld ist, denn Ihr LEP ist in Wahrheit kein Entwicklungsplan, sondern eher ein Verhinderungsplan und daher aus unserer Sicht nicht so viel Geld wert.

Ich will jetzt auf Nennungen von grundsätzlichen Übereinstimmungen wie etwa Vorrang für Revitalisierung von Brachflächen vor Neuausweisungen verzichten, da wir das im Ausschuss ja schon zur Genüge getan haben. Ich möchte vielmehr an zwei Beispielen deutlich machen, warum Sie aus unserer Sicht mit dem LEP nicht Perspektiven eröffnen,

sondern eher Hindernisse für die Entwicklung unseres Landes errichten.

Beispiel 1: Über Ziel 4-3 integrieren Sie die Festlegungen des Klimaschutzplans in den LEP. Wenn Klimaschutz als reine Verringerung von klimaschädlichen Emissionen an einem Standort gesehen wird, ohne beispielsweise auf die Produktbilanz abzustellen, wenn Klimaschutz darüber hinaus auch noch Ziel der Landesplanung wird, dann öffnet das Klimaschutzgesetz in Verbindung mit dem LEP die Tür zur von uns schon lange befürchteten und hier im Hause oft abgelehnten Deindustrialisierung Nordrhein-Westfalens. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Verknüpfung von Klimaschutz und Raumplanung, so wie es Rot-Grün jetzt vorhat, sehr gefährlich für den Industriestandort NRW ist.

Jetzt kenne ich ja die Reflexe, die gleich kommen, und weiß schon, dass Sie mir dann wieder vorhalten werden, ich solle doch nicht so schwarz malen, der Klimaschutzplan sei ja noch nicht fertig und werde bestimmt auch nicht so schlimm, wie wir von der Opposition immer behaupteten.

Und genau hier liegt das Problem, meine Damen und Herren: Ihr Klimaschutzplan ist noch gar nicht fertig; keiner weiß, was drinstehen wird. Aber Sie integrieren ihn schon mal in den LEP. Das sorgt für Verunsicherung bei den Unternehmen und verstärkt die Investitionsrückhaltungen. So reinvestiert in Nordrhein-Westfalen die für uns so bedeutende energieintensive Industrie nur noch 85 % ihrer Abschreibungen. Da ist sie bereits, die schleichende Deindustrialisierung von Nordrhein-Westfalen.

Hier schauen Sie nicht nur einer negativen Entwicklung tatenlos zu, sondern Sie befeuern sie auch noch durch Maßnahmen, die zwar dem grünen Teil der Regierung gefallen mögen, aber eigentlich nicht im Interesse des roten Teils der Regierung sein dürften. Können oder wollen Sie das nicht merken?

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Einen klaren Hinweis auf diese für Nordrhein-Westfalen gefährliche Entwicklung zeigen auch folgende Zahlen. 2012 gingen die ausländischen Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen um 26 % zurück. Und: McKinsey bescheinigt Nordrhein-Westfalen in seiner unabhängigen Studie ein Wachstumsdefizit auf Bayern von mehr als 8 %. Ursache hierfür seien nach Ansicht McKinseys unter anderem zu geringe Investitionen; denn in Bayern und auch in Baden-Württemberg werde gut 5 % mehr investiert als hier bei uns.

Unsere Forderung lautet daher: Lösen Sie endlich die meist ideologisch gezogenen Wachstumsbremsen, statt die Unternehmen immer wieder bei Investitionen auszubremsen!

Beispiel 2: die Flächenpolitik. Laut Ziel 6.1-11 soll das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2020 auf 5 ha und langfristig auf

netto null reduziert werden. Wir teilen ausdrücklich die Forderung, Flächenverbräuche zu reduzieren. Aber wir wissen auch: Wirtschaftliche Entwicklung braucht Fläche.

Ihr Entwurf sieht vor, dass der Siedlungsraum künftig nur dann zulasten des Freiraums erweitert werden kann, wenn aufgrund der Bevölkerungs- und der Wirtschaftsentwicklung ein Bedarf an zusätzlichen Bauflächen nachgewiesen wird. Sie blenden dabei allerdings völlig aus, dass wirtschaftliche und demografische Entwicklungen nicht synchron verlaufen. Das Gegenteil ist laut Prognose der Fall: Dort wurde bereits 2012 in einem Gutachten für den VCI errechnet, dass gerade der Bevölkerungsrückgang eine Erhöhung der Produktivität notwendig macht, damit wir unseren Wohlstand erhalten können.

Daher noch mal: Wirtschaftliche Entwicklung braucht Fläche. Erst dann stellen sich Erfolge ein. Und das ist belegbar.

So standen im Münsterland 2011 rund 1.830 ha mehr Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung als 1994. Gleichzeitig stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um knapp 69.000.

Auch die Entwicklung der Emscher-Lippe-Region im gleichen Zeitraum unterstreicht die Wichtigkeit dieses Zusammenhangs. Das Minus von 430 ha Gewerbe- und Industriefläche ging dort mit einem Minus von 33.500 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen einher.

Leider müssen wir feststellen, dass wirtschaftliche Entwicklung nach Ihrem LEP-Entwurf zukünftig wohl die Ausnahme und nicht mehr der Regelfall sein wird. Schließlich heißt es in Ziel 6.1-11 dazu entlarvend – ich zitiere –:

„Ausnahmsweise ist im Einzelfall die bedarfsgerechte Erweiterung vorhandener Betriebe möglich ...“

Wenn das das Signal des LEP unseres einst so stolzen Industrielandes Nordrhein-Westfalen sein soll, dann gute Nacht!

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Abschließend darf ich noch anmerken, dass Sie bei dieser Ausrichtung des LEP den Etat für Landesplanung eigentlich in einem falschen Einzelplan verbucht haben. Wer Ihren LEP-Entwurf liest, merkt, dass dieser wohl primär vom grünen Umweltminister diktiert wurde.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Tosender Applaus!)

Dann seien Sie doch auch so ehrlich und schieben Sie die Landesplanung in den Einzelplan 10!

Fazit: Wirtschaftspolitik wird in diesem Land offensichtlich weder vom Wirtschaftsminister noch von der Ministerpräsidentin gemacht, sondern vom fachfremden Herrn Remmel. Schade! – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Thiel das Wort.

Rainer Christian Thiel (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Herr Dr. Bergmann, Schwarzmalen – das ist hier nun mal ein bekannter CDU-Reflex. Was anderes ist Ihnen mental wahrscheinlich nicht so richtig möglich.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Der LEP ist ein Ermöglichungsplan. Das ist an vielen Stellen nachweisbar. Und wenn Sie das nicht mit Schwarzmalerei verbinden, sondern die positiven Aspekte sehen, dann kommen Sie sehr schnell zu der Erkenntnis, dass die Staatskanzlei, nachdem die vorherige Landesregierung aus Schwarz-Gelb doch eher eine desaströse Bilanz in diesem Fach hingelegt hatte, hier eine beachtliche Leistung erbracht hat. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Am 25. Juni ist der Kabinettsbeschluss vorgelegt worden. Erstmals gibt es einen einheitlichen Entwurf eines Landesentwicklungsplanes, der das Landesentwicklungsprogramm, den Schutz vor Fluglärm, den großflächigen Einzelhandel und die Fortschreibung des LEP 95 zu einem landesweiten Raumordnungsplan zusammenfasst.

Dabei waren viele neue rechtliche Anforderungen, neu gefasste Grundsätze der Raumordnung zu berücksichtigen. Da auch der neue LEP wiederum 14 Jahre unterschiedlich auftretende Anforderungen an die Raumnutzung abstimmen und Konflikte möglichst ausgleichen soll, waren auch wichtige neue Rahmenbedingungen einzuarbeiten, auf die Sie alle bei Ihrer Schwarzmalerei nicht eingegangen sind. Ich nenne nur die wichtigsten: der demografische Wandel, die Globalisierung der Wirtschaft sowie natürlich Klimawandel und Klimaanpassung. Diesem Erfordernis ist der Entwurf des neuen LEP gerecht geworden. Meine Damen und Herren, das ist keine geringe Leistung; das muss man ausdrücklich anerkennen.

Seit Ende August ist das Beteiligungsverfahren zum neuen LEP eröffnet. Es dauert bis zum 28.02.2014. Das ist deutlich mehr als die im Landesplanungsgesetz vorgesehenen zwei Monate. Das zeigt, dass die Landesregierung die Beteiligung aller Betroffenen ernst nimmt, dass ihr dies ein wichtiges Anliegen ist, dass alle Gelegenheit haben, sich zu beteiligen: 500 Verbände, Institutionen, Einrichtungen

und Organisationen, die 396 Städte und Gemeinden, die Kreise und Regionalräte. Ein Onlineverfahren für alle Interessierten gibt es ebenfalls.

Das zeigt: Es war gut und richtig, dass die Staatskanzlei zuständig ist und dass dafür ausreichend Mittel im Haushalt eingestellt sind, richtigerweise natürlich in diesem Einzelplan.

Am Ende der Beteiligung nach einem Aufstellungsbeschluss der Landesregierung über die Rechtsverordnung werden dann die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens ausgewertet und beachtet werden. Sie werden von der Politik zu beurteilen sein. Wir werden dann im Landtag beschließen. Der neue LEP – das sage ich ganz ausdrücklich – ist ein Ermöglichungsplan, der nachhaltige Entwicklung ermöglichen soll und wird – natürlich in Abwägung unterschiedlicher Ansprüche an die Raumnutzung.

Ich will das an einem Beispiel etwas vertiefen. Die Einarbeitung der Klimaschutzziele und Klimafolgeanpassung ist sicherlich das anspruchsvollste Vorhaben im Landesentwicklungsplan. NRW strebt an, bis 2020 mindestens 25 % und bis 2050 mindestens 80 % der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 zu verringern. Wir setzen dabei auf einen stetigen Ausbau erneuerbarer Energien. Die räumlichen Voraussetzungen dafür sind im LEP zu sichern.

Wir wissen auch, dass bei zukünftig stetig zunehmenden erneuerbaren Energien weiterhin die flexible Ergänzung durch hocheffiziente Nutzung fossiler Energieträger erforderlich sein wird. Dabei ist die heimische Braunkohle extra genannt. Sie kann die hohe Abhängigkeit von Importenergie mindern und einen Beitrag zur sicheren Energieversorgung leisten.

Ein Entwicklungspfad für konventionelle Kraftwerke erfordert klare Erkenntnisse über die Ausbaupfade der erneuerbaren Energien. Um den Klimaschutz als Fortschrittsmotor zu entwickeln, bedarf es daher eines koordinierten Vorgehens des Bundes und der Länder. Einen nationalen Klimaschutzplan haben wir in NRW schon immer gefordert; wir werden ihn, wie es aussieht, auch bekommen.

Wir schaffen die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau möglichst effizienter Nutzung von Windenergie. Das ist ebenfalls bei der Flächennutzung wichtig, während beispielsweise andersherum möglichst der Freiraum von Solarfeldern in NRW freigehalten werden soll.

Die Nutzung der Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung, die Sicherung von Trassen zusätzlicher Energieleitungen, kommunale Klimaschutzkonzepte mit raumbedeutsamen Aussagen sind Themen im neuen LEP, auf die Sie nicht eingegangen sind.

Der LEP besteht aus 60 Zielen und 65 Grundsätzen. Sie sind ein gutes Gerüst für eine zukunftsorientierte strategische Raumplanung in NRW. Dazu

gibt der Landesentwicklungsplan gute Vorgaben. Wir empfehlen Zustimmung zum Teilbereich Landesplanung. Das ist gut angelegtes Geld. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Thiel. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Thiel, wenn man Ihre Aussagen nimmt, wäre mir um den LEP nicht bange. Sie haben gesagt, die sachgerechten Stellungnahmen würden beachtet werden. – Sie werden berücksichtigt, leider. Das ist Ihr Fehler, den Sie gemacht haben.

(Beifall von der FDP – Lachen von Rainer Christian Thiel [SPD])

Frau Ministerin, Sie hatten eben gesagt, fiskalisch sei der Haushalt nur eine Randnotiz,

(Zuruf von Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren)

de facto hat die Ministerpräsidentin aufgrund ihrer Richtlinienkompetenz und aufgrund der Landesplanung, die übergeordnet, zusammenfassend und übergemeindlich ist, eine erhebliche Steuerungsfunktion. Aus meiner Sicht ist eine Planung nur so gut wie ihre Umsetzung.

Der Kollege Thiel hat recht: Wenn man diesen Landesentwicklungsplan mit roter Brille liest, hat er auch Entwicklungspotenzial. Es gibt aber einen anderen Koalitionspartner mit einer völlig anderen Zielsetzung. In diesem Landesentwicklungsplan wird festgelegt: Wirtschaftliche Entwicklung erfolgt, aber unter Vorbehalt des Naturschutzes. – Das ist im Endeffekt die nicht stimmige Steuerungsfunktion.

Wie das aussieht, haben wir gerade erlebt. Bei newPark hat die Landesregierung eine an sich unproblematische Bürgschaft verweigert. Der Kreis hat sie jetzt selbst gestemmt,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

obwohl diese landesbedeutsame Fläche selbst nach diesem Landesentwicklungsplan hätte verfügbar gemacht werden sollen. Das heißt, hier ist die Landesregierung von ihrem eigenen Ziel de facto schon wieder abgewichen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, was wäre das für ein Signal in die Region gewesen, wenn man gesagt hätte: Das Land steht zur Emscher-Region; wir übernehmen diese Bürgschaft? – Nein, man hat es

kommunalisiert, abgeschoben und sich selbst einen schlanken Fuß gemacht.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Weiterhin mag schön klingen, dass man von „Ressourcenschonung“ und davon spricht, man wolle die Flächenausweisungen für die Gewinnung oberirdischer Bodenschätze eingrenzen. Man spricht von 20 Jahren oder bei Festgestein von 35 Jahren. Dabei vergisst man, dass es in Nordrhein-Westfalen keine privatnützige Enteignung zugunsten der Gewinnung oberirdischer Rohstoffe gibt.

Also muss man langfristig orientiert Grundstücksverhandlungen führen. Dafür sind 20 Jahre oftmals gar kein Zeitraum. Diese Fragen betreffen Generationen. Ich halte nichts davon, eine Trennung von Locker- und Festgestein unter dem Vorwand zu machen: Bei dem einen sind höhere Investitionen als bei dem anderen notwendig, zumal durch ein Gutachten bewiesen wurde, dass das ein Fehlschluss ist.

Auf die entscheidende Nummer hat der Kollege Bergmann hingewiesen. Sie haben das „verschwiemelt“, Kollege Thiel. Das ist nämlich die Frage: Wie soll ich in einem Landesentwicklungsplan jetzt Ziele aus dem Klimaschutzplan berücksichtigen, wenn ich die Ziele noch gar nicht kenne? Das ist ein Blindflug. Das ist unverantwortlich. Das kann so nicht sein.

(Beifall von der FDP und Dr. Günther Bergmann [CDU])

Deswegen müssen wir inhaltliche Kritik üben. Das ist nicht richtig. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Goldmann das Wort.

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter Berücksichtigung des laufenden Beteiligungsverfahrens erscheinen die im Einzelplan 02 für die Landesplanung für das Jahr 2014 veranschlagten Haushaltsansätze ausgewogen und sachlich gerechtfertigt. Somit sollten sie eigentlich parteipolitisch unstrittig sein. Aber das ist wohl nach den Aussagen von Herrn Dr. Bergmann nicht zu erwarten.

Zum breit angelegten Beteiligungsverfahren seit Ende August dieses Jahres, das vorhin schon angesprochen worden ist: Der LEP-Entwurf wurde zwischenzeitlich sowohl den Regionalplanungsbe-

hörden, sprich: den Bezirksregierungen und dem RVR, wie auch in regionalen öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt. Die Diskussionen laufen also aktuell. Die ersten fachlichen Stellungnahmen sind bereits bei der Staatskanzlei eingegangen.

Dass der vorliegende LEP-Entwurf mit einer Vielzahl komplexer Themenfelder so beschlossen werden wird wie eingebracht, erwarten weder die Regierungskoalition noch die Oppositionsparteien. Der Aufschlag wurde jedenfalls mit dem Kabinettsbeschluss gemacht. Der Entwurf kann sich sehen lassen. Das ist in jedem Fall mein Eindruck nach einer Vielzahl von Gesprächen mit Verbänden und sonstigen Institutionen, die den Entwurf konstruktiv kritisch, aber im Grundsatz positiv werten.

Dass wir nach nunmehr 18 Jahren einen neuen LEP brauchen, sollte ebenso unstrittig sein. Globalisierung, technologischer Fortschritt und besonders das Thema Demografie stellen viele Teile unserer Gesellschaft vor besondere Herausforderungen, auch bei der Bewertung räumlicher Nutzungskonflikte. Natürlich gibt es Stimmen, die den LEP-Entwurf als zu eng gefasst sehen. Anderen geht es in Ansätzen zum Beispiel beim Kiesabbau zu weit. Der Entwurf ist nun einmal das Ergebnis der Resortabstimmung zwischen den beteiligten Ministerien und setzt politische Zeichen und Signale für die Zukunft, insbesondere für die nachgeordnete Raumordnung und die Bauleitplanung der kommunalen Ebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hätte Sinn, die Stellungnahmen aus der laufenden Trägerbeteiligung abzuwarten, gegebenenfalls zu sichten und zu bewerten – aber nein: Die CDU lässt durch Herrn Wüst während dieser Beteiligungsphase im Rahmen einer Kleinen Anfrage vom 26. September allen Ernstes bei der Landesregierung anfragen, ob diese die Flächen für den newPark streichen werde. Wir sind doch alle lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass es während eines Beteiligungsverfahrens allein schon aus verfahrensrechtlichen Gründen zu keinen inhaltlichen Änderungen kommen kann. Insofern finde ich es ausgesprochen schade, dass die CDU solchen reflexartigen Versuchen, die Landesregierung zu diskreditieren, nicht widerstehen kann oder will.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das macht ihr schon alles selbst! Das brauchen wir gar nicht! – Hendrik Wüst [CDU]: Ich wollte es nur wissen!)

Sei's drum. Es ist Ihnen von der CDU doch völlig unbenommen, sich dafür auszusprechen, dass Datteln-Waltrop als Standort für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben im LEP festgeschrieben wird. Der LEP selbst – auch da sage ich Ihnen nichts Neues – ist auf mindestens 15 Jahre ausgelegt. Er kann Rahmen vorgeben und setzen. Er kann aber keine belastbare Vorgabe auf allen Handlungsfeldern sein. Eine technologische Ent-

wicklung für 15 bis 20 Jahre vorauszusehen, ist eben nicht möglich.

Mein Vorschlag lautet: Wir warten geduldig den Beteiligungszeitraum bis Ende Februar 2014 ab, befassen uns mit der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen durch die Staatskanzlei und treten in einen fachlichen Dialog. Ich glaube, politische Störfeuer während dieses Verfahrens lassen bezweifeln, dass es um die Sache einer ausgewogenen Raumordnung und Landesplanung geht. Dabei sollte doch gerade die langfristig angelegte Landesplanung nicht zum Objekt parteipolitischer Scharmützel werden. Wir werden dem Einzelplan 02 zustimmen. – Danke sehr.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Bayer das Wort.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dr. Bergmann nannte die Landesplanung im Februar eine der oft verkannten Königsdisziplinen der Landespolitik. Herr Ellerbrock bezeichnet sie als Steuerinstrument der Staatskanzlei. Das ist richtig. Daher ist die aktuelle Novelle des LEP auch so wichtig und dort auch richtig aufgehoben.

Jeder im Stream und hier im Saal oder beim Mittagessen – auch Sie, die Gäste auf der Tribüne – sollte sich einmal mit dem Landesentwicklungsplan, dem LEP NRW, beschäftigen. Googeln Sie danach. Es gibt gerade das Beteiligungsverfahren, wie wir gehört haben. Das heißt, Sie können sich beteiligen.

Im Landesentwicklungsplan wird grob festgelegt, wie sich NRW im Raum entwickeln soll. Es gibt also Aspekte für Geografen, für Raumplaner, zur Stadtentwicklung und zur landwirtschaftlichen Entwicklung, zur Infrastruktur, zum Umweltschutz und auch zu Standortfaktoren und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen.

Leider wird die Landesplanung in der Politik allzu häufig und vor allem auch in der Rede von Herrn Bergmann auf die Förderung der Wirtschaft durch raumplanerische Maßnahmen beschränkt. Das ist schade. Vielleicht überwiegen dabei die wirtschaftlichen Interessen bei den Mitwirkenden.

Dabei betrifft die Landesplanung das ganze Leben in NRW und nicht nur das wirtschaftliche Dasein. Das Ziel ist ein gutes NRW in der Zukunft in Raum und Infrastruktur, langfristig und verantwortungsvoll geplant, unter Beachtung der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Interessen und am besten als zusammenhängendes Konzept, in dem es keine Gegensätze, sondern ein Zusammenspiel der Interessen und Aspekte gibt. Dazu gehören dann auch ein

guter Wirtschaftsstandort NRW und auch eine gute Infrastruktur als dessen Basis.

Dabei ist es übrigens tatsächlich fast nebensächlich, welcher Flughafen jetzt von besonderem Landesinteresse ist. Flughäfen sind Wachstumskerne, aber große Entwicklungen finden woanders statt. Ich verweise dazu auf TOP 5 der heutigen Tagesordnung.

Bedenken Sie bei allen Zukunftsplänen bitte, dass zum Beispiel die Logistikbranche, auf der viele Hoffnungen ruhen, nicht die Antwort auf den Strukturwandel ist, sondern im Wesentlichen neue Fragen stellt: zur Infrastruktur – vor allem zur Rolle der Verkehrsträger Schiene, Wasserwege, Straße und natürlich des ÖPNV für die Mitarbeiter – sowie zum Flächenbedarf, der natürlich auf der anderen Seite ein Flächenverbrauch ist.

Innovationen brauchen übrigens erst einmal gar keine Fläche, sondern vor allem einen kreativen Nährboden. Aber wenn es die Logistik sein soll:

In NRW gibt es, auch ohne dass man die Tagebauflächen mitzählt, große Chancen bei der Revitalisierung von riesigen Flächen. Das Flächenrecycling ist also ein entscheidendes Thema der Landesplanung. An die derzeit nicht erschlossenen Flächen brauchen wir also gar nicht zu denken, wenn wir neuen Industrien Ansiedlungsmöglichkeiten bieten wollen.

Verabschieden Sie sich also vom newPark und vom Schwarzbau Datteln 4 gleich mit. Dann brauchen Sie auch keine Synergieeffekte mehr zwischen den beiden Dingen heranzuziehen. Eine langfristige Planung setzt auch nicht mehr auf Braunkohle, sondern lässt die Vergangenheit hinter sich und schafft Möglichkeiten für eine dezentrale Energieversorgung.

(Beifall von den PIRATEN)

Änderungen erwarten wir auch als Reaktion auf die aktuellen prognostizierten demografischen Entwicklungen, die unter anderem die Chance bieten, die Fehler, die mit der Zersiedlungspolitik gemacht wurden, zu korrigieren und die Innenstädte zu stärken. „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist ein zentraler Grundsatz bei der Landesplanung. Wir brauchen natürlich auch planerische Anpassungen an Bevölkerungsrückgänge und dürfen derart benachteiligte Regionen nicht zusätzlich mit planerischer Ignoranz strafen.

Apropos Ignoranz: Zur Planung zählt natürlich auch immer eine ernst gemeinte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht vermeintlicher Entbürokratisierung zum Opfer fallen darf, sondern von Anfang an entscheidungsoffen ist.

Zu den Ausgaben: Die Ausgaben für diesen Teil des Einzelplans steigen 2014 um 8,3 %. In Anbetracht dessen, dass wir den LEP gerade überarbeiten, scheinen mir die Mehrausgaben verwaltungs-

bedingt gerechtfertigt, zumal man dem Haushalt auch schön ansieht, welche Arbeiten bereits 2013 erledigt wurden.

An Herrn Bergmann gerichtet: Die Höhe der Ausgaben dieses Einzelplans hat natürlich nichts mit dem Inhalt des LEP zu tun. Ob jetzt Windkraftanlagen gefördert werden oder nicht, ist dem Haushalt egal. Interessanterweise beziehen sich die großen Mehrausgaben 2014 auch gar nicht auf den neuen LEP: Die Ausgaben für Sachverständige dienen der gutachterlichen Klärung vom bereits verabschiedeten Teilplan Einzelhandel. Beim Bezug von GIS-Lizenzen können und müssen wir auch einmal über langfristige Open-Source- und Open-Data-Strategien sprechen. Und über den Regionalverband Ruhr, dessen höhere Personal- und Sachausgaben ich hier erst mal nicht bestreiten möchte, sprechen wir sicherlich auch noch einmal, aber dann an einer anderen Stelle. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren das Wort.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Dass die Bedeutung der Landesplanung als langfristig vorsorgendes Instrument der Raumentwicklung von allen anerkannt wird, freut mich. Das will ich zunächst einmal feststellen.

Wir sind intensiv im Planverfahren. Insbesondere das Verfahren zur Erarbeitung des LEP mit mehr als 1.000 Beteiligten – ca. 400 Kommunen, 550 Institutionen und allgemeine Öffentlichkeit – ist noch nicht abgeschlossen, aber dieses Verfahren wird die Staatskanzlei als Landesplanungsbehörde im nächsten Jahr in hohem Maße beanspruchen. Bis Ende Februar können Anregungen und Bedenken eingebracht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, es ist Ihnen natürlich unbenommen, politische Kritik an den Inhalten zu üben. Wir können aber derzeit schon feststellen, dass die Industrie- und Handelskammern unserer Planung bereits grundsätzlich zustimmen.

Dass Sie aber die Finanzausstattung für diese Arbeit kritisieren, ist äußerst seltsam, denn wir haben eine sehr knappe Finanzausstattung, die außerdem schon zu zwei Dritteln durch langfristige Rechtsverpflichtungen festgelegt ist, beispielsweise gegenüber dem Personal des RVR, der als staatliche Regionalplanungsbehörde eingesetzt ist, Leistungen für den geologischen Dienst, Zahlungen für Planungen und Maßnahmen zur Sozialverträglichkeit im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau und

vertraglich zugesicherte Beiträge an andere Organisationen der Raumordnung.

Ich will aber zu den Inhalten kommen. Als überörtlicher und fachübergreifender Plan für die räumliche Entwicklung des gesamten Landesgebiets enthält der LEP-Entwurf übergreifende Festlegungen – keine Einzelfallentscheidungen – und Ziele sowie Grundsätze zu raumrelevanten Sachbereichen.

Drei Aspekte, die teilweise von Ihnen schon angesprochen worden sind, will ich noch einmal aufgreifen. Erstens. Der Klimaschutz ist ein Belang, der bereits auf der planerischen Ebene umfassend zu berücksichtigen ist. Dabei bedeutet der Klimaschutzplan im Rahmen des LEP, dass dort wortgleich Festsetzungen und Zielsetzungen aus dem Klimaschutzgesetz übernommen werden. Eine nachhaltige Raumordnung wird zukünftig im Rahmen des rechtlich Möglichen ihren Beitrag dazu leisten, dass dabei Klimaschutzziele berücksichtigt werden.

Zweitens. Der LEP soll zu einer flächensparenden Siedlungsentwicklung anhalten, um in NRW den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Gewerbeflächen zulasten der Landwirtschaft und des Freiraums von derzeit 10 auf 5 ha pro Tag zurückzuführen. Alle Gutachten, die Sie in den vergangenen Jahren auf den Tisch bekommen haben, zeigen Ihnen, dass wir von dem immensen Flächenverbrauch wegkommen müssen.

Deshalb müssen die Innenentwicklung und die Wiedernutzung von Brachflächen Vorrang haben. Der LEP wird Festlegungen für eine bedarfsgerechte, allerdings an bestimmte Bedingungen geknüpfte Erweiterung des Siedlungsgebiets treffen. Diese beachten selbstverständlich die kommunale Planungshoheit, und sie geben Raum für eine weitere Entwicklung Nordrhein-Westfalens.

Ziel der Landesplanung ist es nicht, wirtschaftliche Entwicklung zu erschweren, sondern sie zu ermöglichen und zu fördern. Deswegen wird es auch in Zukunft bedarfsgerechte Flächenausweisungen geben.

Schließlich ist die Stärkung unserer Innenstädte eine weitere wichtige Voraussetzung für eine sparsame Inanspruchnahme von Flächen im Freiraum. Die vor allem konsequente Steuerung des großflächigen Einzelhandels auch mit landesplanerischen Mitteln unterstützt die Stärkung der Zentren, stärkt den Mittelstand, vermeidet Verkehrsbelastungen und sorgt nicht zuletzt für einen geordneten Wettbewerb, der Unternehmen und Kunden gleichermaßen zugutekommt.

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist: Wir werden eine abgestimmte Planung für eine nachhaltige Landesentwicklung haben, für eine Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, für eine vielfältige Landschaft, für lebenswerte Städte und Gemeinden, in denen sich die Bürger zu Hause fühlen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Teilbereich Landesplanung liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die diesbezügliche Beratung und rufe auf:

Teilbereich Europa und Eine Welt

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die CDU-Fraktion Frau Kollegin von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf der Zuschauertribüne! Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren, in der Ausschusssitzung am 18. Oktober haben Sie zu dem Ansatz betreffend die Kapitel, die uns in diesem Zusammenhang interessieren, mit den Worten eingeführt: Der Haushaltsentwurf liegt Ihnen nun vor. Die meisten Positionen darin haben wir eins zu eins überrollt.

Sie hätten das Gleiche auch mit einem etwas verkürzten Satz von Samuel Beckett sagen können: Die Sonne scheint, aber es gibt nichts Neues!

Was in der Literatur oft ein spannendes Motiv sein mag, ist aber, gemessen an den Herausforderungen und Wechseln, die wir hier erleben, für die Konzipierung unseres Europahaushalts aus unserer Sicht schlicht zu wenig. Das gilt genauso mit Blick auf den Ansatz für die Eine-Welt-Politik.

Wir sind allerdings bei Ihnen, wenn es um die weiterhin solide Ausstattung der gewachsenen Fundamente geht, die uns mit den europäischen Nachbarn und internationalen Partnern verbinden. Zum großen Teil sind das Grundlagen, die auch wir mitgeschaffen haben. Es ist richtig, diese Grundlagen weiterzuentwickeln. Dazu gehören aus unserer Sicht zum Beispiel die Euregios, die Europa-Woche, der Ausbau der Europa-Schulen, die Partnerschaften mit Mpumalanga und Ghana und ein lebendiger Austausch mit Israel und den palästinensischen Gebieten. Das ist sehr wichtig.

Wir teilen auch die Zielsetzung, mit vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern direkt über Europa zu diskutieren, von der europäischen Idee zu überzeugen, die Europaskeptiker zu widerlegen, die Notwendigkeit zu verdeutlichen, was es heißt, eine nachhaltige europäische Politik und Weltordnung mitzugestalten.

Wir sind aber nicht damit einverstanden – das haben wir immer wieder gesagt –, dass Haushaltstitel über Jahre hinweg statisch ausgestaltet werden. Vielmehr muss eine Analyse erfolgen, damit man in

der Breite erkennt, was Nordrhein-Westfalen in Europa und in der Einen Welt bewegen möchte und kann.

Liebe Frau Ministerin Schwall-Düren, Sie selbst haben mit Blick auf den Etatansatz für Europa den Ausdruck „Promillebereich“ gewählt und damit die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet. In der Tat: Für die Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes geben Sie etwas mehr aus. Das wird ja auch begründet. Ansonsten wird vor allen Dingen mit Pauschalen gehandelt.

Der einzige Schwerpunkt, den der Haushaltsentwurf für das Jahr der Europawahl ausweist, findet sich in der Titelgruppe 60. Dabei geht es um die angekündigten Initiativen im Rahmen des regionalen Weimarer Dreiecks, die Partnerschaftsvereinbarung zu Nord-Pas-de-Calais sowie die Projektvorhaben mit Schlesien.

Die wichtigste Akzentverschiebung in diesem Haushalt liegt bei den sächlichen Verwaltungsausgaben. Das überzeugt uns, liebe Kollegin, leider nicht. Wir haben im nächsten Jahr vor allen Dingen die Europawahlen im Mai im Blick. Es wird nicht nur ganz wichtig sein, dass wir sehr viele Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen können, sich für Europa zu entscheiden. Ebenso entscheidend wird es sein, die Menschen gerade vor dem Hintergrund der jetzt stattfindenden Diskussionen über die Finanzschwierigkeiten der Banken davon zu überzeugen, dass wir Europa brauchen, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können, dass wir Europa brauchen, um den Frieden für uns zu sichern und es für uns einen enormen Mehrwert darstellt, ein vereinigtes Europa zu haben.

Das wird uns vor allen Dingen im nächsten Jahr prägen und wird die Landesregierung vor die Herausforderung stellen, das in der Bevölkerung immer wieder deutlich zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schlömer das Wort.

Dirk Schlömer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne! Betrachten wir die Situation Europas, können wir erkennen, wie notwendig es ist, kontinuierlich für die Europäische Gemeinschaft zu werben.

Ich meine eine Gemeinschaft, in der die Menschen in Frieden leben und ein soziales, grenzenloses Europa erfahren können, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht.

Einen Binnenmarkt, der darauf ausgerichtet ist, ohne jedes Hemmnis die Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer in ganz Europa gegeneinander auszuspielen, brauchen wir nicht.

Bewusst müssen wir uns sein, dass die großen Probleme in Teilen Europas – wie die wachsende Armut und die hohen Arbeitslosenzahlen in Griechenland, Spanien und Portugal – uns alle angehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass nationalistische und antieuropäische Bewegungen sich die schwierige Situation zunutze machen, um Stimmung gegen die EU zu machen.

Unsere Politik muss darauf ausgerichtet sein – und sie ist darauf ausgerichtet –, das Vertrauen in Europa zu stärken. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unser Ziel, unsere Kernaufgabe innerhalb Europas. Wir haben das in den vergangenen Ausschusssitzungen immer wieder bewertet und unsere Europapolitik darauf ausgerichtet, diese Ziele zu erreichen.

Wie gut die Politik der Landesregierung im Bereich Europa ist, hat meine Vorrednerin, Ilka von Boeselager, dargestellt. Die Politik wurde als sehr gut bezeichnet, wenn auch – ich frage mich, ob das tatsächlich notwendig ist – die Überlegung in den Raum gestellt wird, ob das denn alles ist. Man könnte selbstverständlich – das ist völlig klar – noch viel mehr machen. Wir müssen aber differenzieren, welche Aufgaben Bundesangelegenheiten sind – die müssen dann auch auf Bundesebene erledigt werden – und welche sinnvollerweise in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden sollten.

Das Budget im Kapitel „Europa“ ist mit rund 2,8 Millionen € bescheiden. Richtigerweise müsste man von 2,798 Millionen € sprechen, um erkennen zu können, dass wir den Haushalt um bescheidene 3.200 € aufstocken. Dennoch sind wir in der Lage, mit diesen Mitteln einiges zu tun.

Zunächst einmal gehört mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, die in diesem Bereich mit hohem persönlichem Engagement eine wichtige Aufgabe wahrnehmen und hervorragende Arbeit leisten.

Gleichermaßen gilt dies selbstverständlich für die Landesvertretung in Brüssel, die für uns Parlamentarier in Nordrhein-Westfalen eine sehr gute Arbeit leistet und uns fortwährend darüber informiert, welche Dinge in Brüssel beraten werden; denn mittlerweile – das wissen wir – hat fast alles, was wir hier im Landtag auf den Tisch bekommen, europapolitische Aspekte. Umgekehrt wirkt sich Politik auf europäischer Ebene sehr oft auch bis in das Land und die Kommunen hinein aus.

Wir haben mittlerweile 172 Europa-Schulen in Nordrhein-Westfalen, um die Schülerinnen und Schüler über die Europapolitik zu informieren und sie für Europa zu begeistern. Ich glaube, damit leisten wir in NRW einen wichtigen Beitrag. Am 6. Dezember findet eine große Veranstaltung hierzu im Landtag statt.

Es gibt immer mehr europaaktive Kommunen. Wir würdigen dies in Nordrhein-Westfalen, indem wir sie durch unsere Ministerin Angelica Schwall-Düren auszeichnen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Anreiz, mit dem wir diese Arbeit weiter unterstützen.

Wir haben grenzüberschreitende Aktivitäten in Bezug auf unsere Nachbarn im Beneluxraum. Hier wird Europa schon seit vielen Jahren praktisch gelebt. Viele Menschen arbeiten in den Nachbarländern und pendeln täglich. Das ist gelebtes Europa. Gleiches gilt auch für die nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen zu Polen und Frankreich.

Eines ist – da gebe ich Frau von Boeselager recht – klar: Wir müssen etwas für die Europawahlen 2014 tun. Das machen wir auch. Wir haben im Titel 534 20 entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt, um zusätzlich für die Europawahl nächstes Jahr zu werben. Die katastrophale Wahlbeteiligung 2009 in Höhe von nur knapp über 40 % darf sich nicht wiederholen. Das ist eindeutig viel zu wenig. Ziel muss es sein, für die Europawahl nächstes Jahr und auch dafür zu werben, dass antieuropäische Parteien künftig nicht die Europapolitik in Brüssel bestimmen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Dirk Schlömer (SPD): Ich bin direkt fertig. – Noch ein paar Worte zur Eine-Welt-Politik: Es gibt rund 3.000 Gruppen und NGOs, die in Nordrhein-Westfalen arbeiten. Auch die werden aktiv unterstützt, und zwar durch das Eine-Welt-Koordinatorenprogramm NRW sowie durch das Bund-Länder-Promotorenprogramm. Ich glaube, das ist eine sehr gute Sache, mit der wir es schaffen werden, auch hier zur Förderung beizutragen.

Des Weiteren haben wir noch ein Auslandsprogramm. Wir arbeiten also mit der Eine-Welt-Politik im Inland wie im Ausland. Ich glaube, dass es notwendig ist, dies weiter fortzuführen. Weitere Ideen können wir gerne noch im Ausschuss beraten. Vielleicht ergibt sich da die Gelegenheit. Ansonsten glaube ich: Diesem Haushalt kann man nur zustimmen. Meine Fraktion wird das ganz sicherlich tun. – Vielen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsdebatte ist auch immer Generaldebatte. Das haben die Ausführungen

meines Vorredners gezeigt. Deswegen will ich kurz darauf eingehen.

In den Grundzügen der Europapolitik sind wir uns sicherlich einig. Es gibt Gott sei Dank in Deutschland keine EU-feindlichen parlamentarischen Mehrheiten, allerdings sehr wohl Unterschiede in Fragen der Wirtschafts- und Wettbewerbsfreiheit sowie der Bürokratie-Sparsamkeit.

Wir als Liberale wollen auch hier in Nordrhein-Westfalen keine Schuldenpolitik – auch nicht unter dem Deckmantel der Prävention –, sondern uns geht es immer um Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Nur so kann man, meine Damen und Herren, Arbeitslosigkeit verringern – nicht durch Mehrausgaben, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen auch keine Vergemeinschaftung der Sozialpolitik. Einheitliche Mindestlöhne und Mindestrenten sind wegen der Unterschiedlichkeit der Lebenswirklichkeiten in den europäischen Mitgliedsstaaten untauglich und volkswirtschaftlich schädlich. Auch bei uns würde das letztendlich Arbeitsplätze kosten.

Wir als FDP möchten an dieser Stelle noch einmal Kritik an der Verringerung der Wettbewerbsverfahren in Nordrhein-Westfalen bei der EU-Förderung üben – ein Punkt, den wir immer wieder herausstreichen, weil es richtig und wichtig ist, dass diejenigen, die Zuschüsse beantragen, sich dabei auch im wettbewerblichen Miteinander auseinandersetzen müssen. Das kann keine Einzelentscheidung der Ministerialbürokratie sein.

Zum Haushalt, meine Damen und Herren: Wir haben die bekannte Schiefelage zwischen den Kapiteln Europa und Internationale Angelegenheiten auf der einen und Eine Welt auf der anderen Seite, Kürzungen hier, Aufwuchs da. Das ist über die Jahre gewachsen und wird beibehalten. Das Amerika-Haus musste durch eine Reduzierung des Ansatzes von 175.000 auf 125.000 € ein Minus von 50.000 € hinnehmen. Gleichzeitig ist die kommunale Entwicklungsarbeit, die bei null stand, auf 270.000 € ab 2010 aufgewachsen.

Das Ausgabe-Ist liegt allerdings 2012 bei lediglich 118.000 €, also bei weniger als der Hälfte. Da aber eine gegenseitige Deckungsfähigkeit im Haushalt besteht, gibt es einen interessanten Aufwuchs an anderer Stelle, nämlich eine Quersubventionierung des Titels entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Dort ist ein Aufwuchs von einem haushaltsmäßigen Soll von 200.000 € auf 524.000 € zu betrachten. Das ist eine klare Verletzung der Haushaltsklarheit und -wahrheit.

Wir erleben, dass an einigen Stellen deutlich weniger ausgegeben wird, beispielsweise bei den Zuschüssen für Investitionsausgaben im Ausland. Dort werden im Jahr 2012 weniger als 20 % des Ansatzes

zes ausgegeben. Und, ganz schlimm: Im Bereich Beziehungen im Benelux-Raum wurden weniger als 50 % des Haushaltsansatzes ausgegeben. Hier müsste Wert darauf gelegt werden, dass diese Positionen auch verausgabt werden, denn hierbei handelt es sich um Gelder für unsere originäre Nachbarschafts- und Europapolitik.

(Beifall von der FDP und Ilka von Boeselager [CDU])

Wichtige Aufgaben in Europa werden also vernachlässigt, während wir stattdessen eine heftige Förderung von Organisationen und Personen auf dem Sektor „Eine Welt“ und „Entwicklungspolitik“ erleben.

Im Jahre 2012 wurden 600.000 € weniger als angesetzt im Bereich „Europa“ ausgegeben. Als Beispiel auch hier wieder „Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes“ – von 310.000 € wurde in 2012 weniger als die Hälfte ausgegeben –, „Maßnahmen zur Vernetzung von Europaschulen und Stärkung ihres Europaprofils“ – in 2012 weniger als ein Drittel ausgegeben – und, eben schon zitiert, „Maßnahmen der Benelux-Förderung“ – hier wurden weniger als 50 % ausgegeben.

Meine Damen und Herren, das ist eine Schieflage. Da muss man ansetzen. Da muss man reingehen, sodass das Geld auch abfließt. Denn dort ist unmittelbar unsere Europapolitik angesiedelt. Stattdessen liegen die Schwerpunkte dieser Landesregierung erkennbar etwa auf „Koordinatoren der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ und „Projektbüro nachhaltige und faire Beschaffung“.

Die belastbaren und positiven Ergebnisse in der wirtschaftlichen Entwicklung sind jedenfalls nicht ersichtlich. Mehr Europa und vor allem mehr Benelux, also mehr unsere Nachbarn, statt Alibimaßnahmen auf einem Gebiet, das originäres Aufgabenfeld der Bundespolitik ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir werden diesem Haushalt an dieser Stelle nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Ilka von Boeselager [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wolf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Engstfeld das Wort.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen den Haushaltsentwurf 2014 für die Kapitel Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie Landesvertretung Brüssel. Wir sehen aus unserer Fraktion heraus keinen Änderungsbedarf in den hier behan-

delteten Kapiteln und werden heute auch unsere Zustimmung dazu geben.

Ich habe der Debatte gelauscht und möchte zwei, drei Anmerkungen zu meinen Vorrednerinnen und Vorrednern von CDU und FDP machen.

Frau von Boeselager, Sie haben gerade in Ihrer Rede gesagt: Vieles, von dem, was heute in den Kapiteln steht, kommt von uns. Es wird fortgeführt. Deswegen ist es gut und richtig. Dann haben Sie an einigen Positionen herumkritisiert.

Kollege Wolf hat eine Rede gehalten, bei der ich am Anfang dachte: Mein Gott!, der Europawahlkampf und die Rede auf dem Marktplatz kommt doch noch. Er hat von Schieflagen, von Unverhältnismäßigkeiten geredet und das eine oder andere kritisiert.

Was Sie beide nicht gemacht haben, ist, Ihren Worten Taten folgen zu lassen. Es gibt keinen einzigen Änderungsantrag von CDU und FDP zu diesen Kapiteln in diesem Haushalt 2014. Sie reden, Sie kritisieren, aber Sie erklären niemandem – weder dem Hohen Haus noch draußen der Bevölkerung –, was Sie denn anders haben möchten, wo denn die Schieflage aus Sicht der FDP korrigiert werden soll. Da kommt ja gar nichts. Das, so muss ich sagen, ist ganz schön schwach.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ilka von Boeselager [CDU])

Meine Damen und Herren, das Kapitel Europa muss mit kleinen Summen auskommen. Kollege Schlömer hat es schon dargestellt. Deswegen ist es umso wichtiger, dass man mit dem wenigen Geld, das man hat, auch die richtigen Schwerpunkte setzt.

Ich glaube, es ist absolut richtig, dass der Etat 2014 einen Aufwuchs bei der Stärkung der Europafähigkeit des Landes aufweist. Es ist eine richtige Entscheidung, weil man – das haben meine Vorredner teilweise schon erwähnt – jetzt im Umfeld der Europawahl und der Kommunalwahl die Möglichkeit nutzen muss, den Bürgerinnen und Bürgern noch einmal die europäische Idee nahezubringen, Aufklärungsarbeit zu leisten, Argumentationsarbeit zu leisten. Deswegen ist es richtig, dass man da eine Stärkung vorgenommen hat.

Uns allen ist klar – das eint uns alle trotz aller Unterschiede –: Das Haus Europa bauen wir gemeinsam. Bis heute ist es immer noch das beste und größte Friedensprojekt, das wir haben.

Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, dass das Kapitel Eine Welt keine Kürzungen erfahren muss und dass, im Gegenteil, institutionell notwendige Steigerungen erbracht werden können. Ich habe der Rede des Kollegen Wolf entnommen, dass der Kollege Niebel und der Kollege Wolf in den letzten Jahren keine Freunde geworden sind. Da gab es anscheinend auch keinen Wissenstransfer. Ich stelle das fest.

Für uns, für die Landesregierung und für uns Grüne ist es besonders wichtig und richtig, eine Eine-Welt - Arbeit auch auf Landesebene zu machen, dass in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit alles so erhalten bleibt, dass hier keine Kürzungen vorgenommen werden. Das ist angesichts der schwierigen Haushaltslage wirklich keine Selbstverständlichkeit. Wir sind froh, dass hier nur überrollt wird.

Mit der klar auf bestimmte Themen fokussierten Eine-Welt-Strategie und der Erneuerung unserer weltweiten Partnerschaften kann sich Nordrhein-Westfalen auch 2014 seiner globalen Verantwortung stellen. Deswegen können wir diesem Haushalt auch so zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Kern das Wort.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Wir Piraten halten den Haushaltsansatz für den Bereich „Europa“ insgesamt für vertretbar. Die Landesregierung ist augenscheinlich bemüht, der Rolle von NRW als einer der bedeutendsten und einflussreichsten Regionen in der EU gerecht zu werden. Das unterstützen wir.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Europawahlen im Mai 2014 will das Land hier mehr unternehmen, mehr Mittel für den Dialog mit den Bürgern zur Verfügung stellen. Das ist erst einmal sinnvoll. Ob diese Gelder dann zielgenau eingesetzt werden oder ob es wieder nur darum geht, bunte Broschüren zu drucken, steht auf einem anderen Blatt.

An der Stelle möchte ich gerne auf die Kollegin Frau von Boeselager eingehen. – Ich halte es nicht für unbedingt ausreichend, hier immer wieder die Friedenssicherung als Zweck der EU zu betonen. Ich glaube, das verfängt mittlerweile nicht mehr in dem Maße. So sehr es auch seine Berechtigung hat, ist das, glaube ich, nicht ausreichend.

Was wir brauchen, um die Bürger für Europa zu begeistern und sie mitzunehmen, ist der Wille, jetzt die sozialen Schief lagen in Europa anzugehen. Das hat Kollege Schlömer dankenswerterweise schon angeführt. Ich glaube, es ist verhängnisvoll, dass größtenteils ein neoliberaler Geist durch die EU-Kommission zieht. Das verschreckt die Menschen. Und die Menschen wollen nicht immer wieder mit neuen Bürokratiemonstern konfrontiert werden oder sich, wenn wieder eine Verordnung erlassen wird, fragen müssen, was jetzt wieder auf sie zukommt.

Herr Dr. Wolf, es nützt nichts, dass Sie immer wieder mantraartig die Wettbewerbsfähigkeit der EU betonen und die Kürzungspolitik in den Vordergrund stellen. Damit erreichen wir jedenfalls keine höhere Wahlbeteiligung bei den Europawahlen. Im Gegenteil! Wir brauchen hier ganz andere Antworten.

Im den Bereichen „Internationale Angelegenheiten“ und „Eine Welt“ hat sich im Haushalt im Vergleich zum Vorjahr wenig geändert. Wir haben schon im Ausschuss zur Sprache gebracht, dass wir mit dem leicht erhöhten Haushaltsansatz durchaus einverstanden sind.

Leider haben Sie sich unserem Anliegen einer Neuausrichtung der Eine-Welt-Politik verschlossen. Insofern ist unsere Kritik, Herr Kollege Engstfeld, doch etwas fundierter. Dazu haben wir Änderungsanträge eingebracht. Bei diesem Antrag ging es um die Initiierung einer zivilgesellschaftlichen Partnerschaft zwischen dem Land NRW und der afghanischen Provinz Herat. Hier hätte NRW seiner Verantwortung in einem Nachkriegs-Afghanistan durchaus nachkommen müssen. Das ist leider nicht geschehen.

Warum es dann aber einer neuen Eine-Welt-Strategie bedurfte, erschießt sich mir weiterhin nicht, Frau Ministerin. Insofern können wir Piraten Ihrem Haushaltsansatz so nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Der Landesregierung erteile ich nun das Wort in Person von Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr verehrte Zuschauer! Nordrhein-Westfalen liegt in der Mitte Europas. Nordrhein-Westfalen ist ein sehr stark exportorientiertes Land. Deswegen sind die Wahlen im kommenden Frühjahr zum Europäischen Parlament ganz wichtig.

Gleichzeitig – das haben auch schon einige Kollegen angesprochen – befinden wir uns in einer Vertrauenskrise der Europäischen Union, in der sich die Bürgerinnen und Bürger fragen, ob dieses gemeinsame Europa nur dazu da ist, Banken zu retten oder ob es auch um die Belange der Menschen geht.

Ja, dieses Europa hat viel dazu beigetragen, dass es uns in unseren Mitgliedstaaten, in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen besser geht. Und dieses Europa wird auch in Zukunft diese Aufgabe meistern müssen, weil kein Nationalstaat die großen Herausforderungen der Zukunft allein bewältigen kann.

Deswegen ist das, was wir mit unserer Europapolitik nach innen und außen machen, so wichtig.

Ich freue mich, dass es auch keinerlei inhaltliche Kritik vonseiten der Opposition gegeben hat, weshalb ich mich dann auch wundere, weshalb man trotzdem den Haushalt ablehnen will; denn es gab ja keine Änderungsanträge.

Was wollen wir mit den Mitteln erreichen? Nach innen ist es ganz wichtig, dass wir den Bürgern und Bürgerinnen helfen, dieses Europa und die Möglichkeiten der Mitgestaltung zu verstehen. Deswegen haben wir beispielsweise das Leitprogramm „Europaaktive Kommune“ aufgelegt, um dort, wo die Bürger und Bürgerinnen Europa erfahren, die Möglichkeit zu stärken, dass die Kommunen nicht nur die Förderprogramme nutzen, sondern auch ihre Anliegen in Europa einbringen und den Bürgern und Bürgerinnen helfen, Europa zu verstehen. Wir kümmern uns um die nachwachsenden Generationen über die Europa-Schulen. Wir unterstützen Multiplikatoren, Ehrenamtliche, und zwar auch solche in der organisierten und nicht organisierten Bürgergesellschaft.

Nach außen arbeiten wir hervorragend mit unseren Nachbarn zusammen. In der neuen Benelux-Strategie ist zusammengefasst, welche verschiedenen Möglichkeiten wir nicht nur haben, sondern auch nutzen bis hin zu den Euregios, die wir auch unterstützen, Frau von Boeselager, über die Zusammenarbeit der Regierungspräsidien und der Provinzen jenseits der Grenze, über unsere Zusammenarbeit mit Schlesien, mit Nord-Pas-de-Calais, über unser trilaterales Weimarer Dreieck, aber beispielsweise auch über unsere Zusammenarbeit mit Ungarn. Dort helfen wir mit, dass die Belange gemeinsam nach vorne gebracht werden.

Ich komme zum Bereich „Internationales“. Dort müssen wir uns in der Tat die Frage stellen, ob unser Land auch in Zukunft international handlungsfähig bleibt und Nordrhein-Westfalen auch weiterhin seinen Verpflichtungen für die internationale Zusammenarbeit und die Eine-Welt-Politik im In- und Ausland nachkommen kann, ob wir auch in der Zukunft in der Lage sind, wichtige Akzente zu setzen und Anstöße zu geben.

Wenn ich mir vor Augen führe, was Herr Wolf an Kritik gebracht hat, dann frage ich mich, ob sich das auf die Sätze reduzieren lässt: Bloß nichts für Afrika ausgeben! – Da frage ich mich, ob das mit ökonomischem Sachverstand verbunden ist.

Denn Afrika wie andere Länder des Südens sind Länder mit einem enormen Wirtschaftswachstum. Wir können immer wieder feststellen, dass unsere Unternehmen noch zu wenig die neuen Chancen in Anspruch nehmen, weshalb wir uns ja auch in diesem Bereich engagieren, beispielsweise erneut am 6. Februar 2014, wenn in Dortmund zum dritten Mal das Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsforum stattfin-

den wird, und über andere Formate, mit denen wir dazu beitragen, dass es hier nicht nur um die wichtige humanitäre Hilfe geht,

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)

sondern dass es auch um nachhaltige Entwicklungsperspektiven geht.

Dabei vernachlässigen wir keinesfalls die Partner, die wir in der Welt haben, ob das nun unsere klassische Verbindung zu Israel ist, wo wir uns auch um die Nachbarn von Israel kümmern, um Palästina, ob es die USA, Kanada, Brasilien, Japan oder China sind. Die Chinesen haben übrigens viel stärker als wir erkannt, wie interessant und wichtig der afrikanische Kontinent ist.

In all diesen Bereichen sind meine Kollegen und Kolleginnen aus den anderen Ressorts in Kooperationen, ob das der Wirtschaftsminister ist, ob das die Wissenschaftsministerin ist. Hier haben wir eine gemeinsame Strategie der internationalen Zusammenarbeit. Wir können mit den bescheidenen Mitteln dafür sorgen, dass auch für die Zukunft unsere Partnerschaft in der Welt vorangebracht wird, die Interessen unseres Landes gewahrt werden und wir mit unseren technologischen, finanziellen und menschlichen Ressourcen dazu beitragen können, dass wir eine nachhaltige Weiterentwicklung mit befördern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich teile dem Hohen Hause mit, dass die Landesregierung ihre Redezeit um etwa eine Minute überzogen hat. Mir liegen allerdings keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Teilbereich vor.

Wir kommen zum:

Teilbereich Medien

Der Kollege Schick steht schon hier. Ich erteile ihm das Wort. Herr Kollege Schick, bitte sehr.

Thorsten Schick (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schaut man auf den Medienhaushalt, dann springt einem dort so viel Kreativität entgegen wie aus einem Malen-nach-Zahlen-Lehrbuch. Schade, denn der Medienbereich gehört ja eigentlich zur Kreativwirtschaft. Aber das erkennt man am Haushalt überhaupt nicht.

Deshalb will ich mich auch gar nicht lange mit Zahlen aufhalten, sondern auf zwei große Themenblöcke zu sprechen kommen.

Beginnen wir mit dem Medienforum. Zumindest in puncto Schönrechnen kann man dann der Landesregierung dort einmal Kreativität attestieren, allerdings so plump, dass selbst jedes Milchmädchen sauer geworden wäre.

(Beifall von der CDU)

Pro Besuch – ist dort zu lesen – seien gerade einmal 444 € ausgegeben worden, also nicht pro Besucher, sondern nur pro Besuch. Ich weiß gar nicht, wer auf diese Schnapsidee mit dieser Schnapszahl gekommen ist. Denn zu diesen Besuchen gehören zum Beispiel der Sektempfang, der Galaabend oder auch der Besuch des Empfanges der Filmstiftung. Ich übersetze das einmal, was diese 444 € bedeuten: einmal anstoßen mit der Ministerpräsidentin 444 €, Oliver Welke beim Galaabend erleben 444 € obendrauf, Kanapees essen beim Empfang der Film- und Medienstiftung noch einmal 444 €. Die ganze Aktion für den Steuerzahler eigentlich unbezahlbar!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass dieses Motto nun ausgerechnet der Werbebotschaft eines Kreditkartenunternehmens entstammt, passt eigentlich auch zur Haushaltsführung dieser Landesregierung.

Ich bin nicht dagegen, dass man gutes Geld für gute Veranstaltungen ausgibt. Aber dieses Medienforum war nun einmal keine gute Veranstaltung und

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

hatte nicht die notwendige Qualität. Nach allem, was man hört, wird sich das leider auch in der Zukunft nicht ändern.

Mein zweiter Punkt: Frau Ministerin, zu Beginn der Wahlperiode hatten Sie Ihre Agenda beschrieben, die gesetzgeberische Agenda. Eines der Herzstücke war die Novelle des Landesmediengesetzes, in der die Stiftung „Partizipation und Vielfalt“ zur Förderung des Lokaljournalismus in Nordrhein-Westfalen festgeschrieben werden sollte.

Ärgerlich nur, dass von Anfang an nicht die notwendigen Haushaltsmittel dafür zur Verfügung standen. Das ist aber bei dieser Landesregierung kein Problem, denn man verfügt ja gerne über die Mittel Dritter. Ärgerlich in diesem Fall allerdings, dass das nicht so richtig geklappt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So ist nicht nur das Stiftungsverfahren ins Stocken geraten, sondern gleich das ganze Gesetzgebungsverfahren. Mal hieß es, vor den Osterferien, dann vor den Sommerferien, später vor den Herbstferien. Jetzt gibt es eigentlich gar keinen Zeitpunkt mehr. Das zeigt, dass da nicht sorgfältig gearbeitet worden ist, vor allen Dingen auch, wenn man sich das Verhalten des Medienstaatssekretärs gegenüber der Landesmedienkommission anschaut, der sich so verhalten hat wie ein Elefant im Porzellanladen.

Zunächst wird da geredet über die Stärkung der entsprechenden Gremien. Dann im zweiten Schritt wird einfach über das Geld, das die ehrenamtlich Tätigen in diesen Gremien verausgaben können, entschieden und die Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Also das passt wohl nur zu rot-grüner Logik, aber nicht zu normalem Menschenverstand.

Die Konsequenz ist klar: Die gesellschaftlichen Vertreter haben sich quergestellt. Nun mussten erst einmal mühsam die ganzen Scherben gekittet werden. Deswegen auch die Verzögerung im Verfahren.

Normalerweise sollte man dann aus einem solchen Desaster gelernt haben. Aber es geht weiter mit den Hinweisen, mit dem Umgang mit dem Geld Dritter. Per epd-Interview ließ Medienstaatssekretär Eumann die Erben des „WAZ“-Gründers Brost wissen, dass es angemessen wäre, rund 10 % des Erbes für die Förderung des Lokaljournalismus zu spenden. Soll heißen: abdrücken für seine Stiftungsidee.

Wichtig ist beim Schwingen der Moralkeule, dass die im Flug auch durchaus mal zum Bumerang mutieren und dann auf einen selbst zurückfallen kann.

Zum Schluss nur noch zwei kurze Bemerkungen, und zwar zu den Ausgaben für Gutachten, für Sachverständige und Werkverträge. Gut eine halbe Million möchten Sie im kommenden Jahr dafür ausgeben. Wir werden uns ganz genau anschauen, was aus diesen Töpfen wofür an die Universität Dortmund fließt. Da sind in der letzten Sitzung des Medienausschusses einige Fragen unbeantwortet geblieben, obwohl wir sie explizit gestellt haben.

Auch die Umstände bei der Besetzung des Grimme-Instituts werden wir uns von Ihnen in einer Vorlage bzw. in einem Bericht in der nächsten Sitzung des Medienausschusses vorstellen lassen.

Zusammenfassend kann man sagen: Viele Fragen, wenige Antworten! Der Medienstandort verliert durch Ihre Arbeit immer weiter an Bedeutung. Schade!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Als nächster Redner spricht der Kollege Vogt für die SPD-Fraktion.

Alexander Vogt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schick, was die Kreativität angeht, die Sie beim Haushalt eingefordert haben, kann ich nur feststellen: In Ihrer Wahrnehmung gibt es sehr viel Kreativität.

Ich habe eigentlich damit gerechnet, dass Sie – wie in der Vergangenheit – den Medienstandort generell heruntermachen. Jetzt haben Sie sich zwei Projekte ausgesucht, bei denen Ihre Darstellung auch sehr

fragwürdig ist. Das Medienforum NRW gab es nicht nur im letzten Jahr oder in diesem Jahr, sondern auch davor. Davor war es durchaus teurer als in der jetzigen Version. Insofern haben Sie hier eine sehr selektive Wahrnehmung vorgetragen. Daher ist diese Darstellung schon etwas schwierig.

Sie haben kritisiert, der Haushalt weise in diesem Bereich zu wenig Kreativität auf. Allerdings haben Sie keinen einzigen Änderungsantrag dazu gestellt. Wenn Ihnen das alles nicht passt und wenn alles anders gemacht werden müsste, wäre es durchaus sinnvoll gewesen, den einen oder anderen Änderungsantrag zu stellen und sich die Arbeit zu machen, sich damit zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren, Medienpolitik generell ist natürlich ein sehr breites Themenfeld, das sehr starken Entwicklungen und Veränderungen unterliegt. Hier geht es um die Chancen und die Herausforderungen, die die Wirtschaft betreffen, die das gesellschaftliche Miteinander betreffen – das sind Dinge wie neue Geschäftsmodelle im Journalismus sowie Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen –, die den Datenschutz betreffen oder die – in Zeiten von YouTube und Co – Urheberrechtsfragen betreffen. Das sind alles Fragestellungen, mit denen wir uns beschäftigen müssen und die auch auf NRW zutreffen.

NRW ist deutschlandweit der umsatzstärkste Standort. Wir sind damit Medienland Nummer eins, auch wenn von der Opposition manchmal ein anderes Bild vermittelt wird. Hier arbeiten mehr als 300.000 Menschen in den Unternehmen der Medien- und Kreativwirtschaft. Darauf können wir durchaus stolz sein. Wir müssen diese Entwicklung weiter unterstützen.

Die Film- und Medienstiftung NRW leistet hierzu ihren Beitrag, und zwar nicht nur in den Bereichen TV- und Kinoproduktion, sondern auch in dem immer wichtiger werdenden Bereich der Games-Industrie.

Neben einer Vielzahl preisgekrönter Filme aus NRW repräsentiert auch das neu ausgerichtete Medienforum NRW, das gerade von Herrn Schick kritisiert wurde, unser Medienland durchaus gut. Das Medienforum NRW wurde neu aufgestellt, ist günstiger geworden und hat eine zeitliche Straffung sowie eine internationale Ausrichtung erfahren, die wir sonst in dieser Art und Weise nicht vorgefunden haben.

Meine Damen und Herren, nicht nur aus wirtschaftlicher Perspektive, sondern auch gesellschaftlich ist eine vielfältige Medienlandschaft wichtig. Apple mit iTunes, Google mit YouTube, Facebook und Amazon sind längst in unsere Strukturen eingezogen und verlangen ihren Teil der Aufmerksamkeit.

Darum ist es wichtig – wenn wir uns auch gleichzeitig den Printmarkt ansehen –, dass sich die Landespolitik über die zukünftige Finanzierung von qua-

litativ hochwertigem Journalismus Gedanken macht. Die Idee einer staatsfern organisierten Stiftung für Vielfalt und Partizipation wird derzeit diskutiert. Jede Stärkung von lokalem Journalismus bedeutet gleichzeitig auch eine Stärkung lokaler Demokratie.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In NRW haben wir mit dem WDR und mit RTL große Sender. Wenn wir uns deren Entwicklung ansehen, können wir durchaus sagen, dass das duale Rundfunksystem sich bewährt hat. Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die hier im Landesparlament mit beschlossen wurde, wird derzeit evaluiert. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die Sieben-Tage-Regel, nach der Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet nach sieben Tagen gelöscht werden müssen, abgeschafft wird.

Die Auswirkungen der Digitalisierung wissenschaftlich und unabhängig zu diskutieren, soll verstärkt auch in NRW stattfinden. Das vorhin schon angesprochene Grimme-Institut soll hier künftig zu einem Diskursforum für die digitale Gesellschaft weiterentwickelt werden.

Die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, heißt für uns aber auch, im Sinne von Open Government mehr Beteiligung zu schaffen. Das haben wir mit dem Arbeitsentwurf zum Landesmediengesetz NRW, der einer Onlinekonsultation ausgesetzt wurde, die mehr als 500 Anregungen gebracht hat, schon mit Erfolg umgesetzt.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der uns am Herzen liegt, ist die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen leistet hier schon gute Arbeit. Wir haben den Medienpass NRW auf den Weg gebracht. Mehr als 1.100 Grundschulen nehmen an diesem Projekt teil. Dieses Projekt soll auf die Sekundarstufe ausgeweitet werden. Hiermit zeigen wir, dass uns gerade der Bereich Medienkompetenz sehr am Herzen liegt.

Ein weiterer Baustein ist der Tag der Medienkompetenz, der im letzten Jahr hier im Landtag stattgefunden hat. Nachdem Schwarz-Gelb diesen Tag abgeschafft hatte, haben wir ihn in der letzten Legislaturperiode wieder eingeführt. Dieser Tag, an dem hier sinnvolle Projekte präsentiert werden, wurde sehr positiv angenommen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Alexander Vogt (SPD): Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, wir haben drei große Bereiche: Die wissenschaftliche Expertise wollen wir mit dem Grimme-Institut stärken. Das Standortmarketing und die Förderung wollen wir mit der Film- und Medienstiftung NRW weiter vorantreiben. Die

Medienkompetenzförderung wird durch die LfM NRW mit geleistet.

Wir sind gut aufgestellt. NRW ist weiterhin Medienland Nummer eins. Wir sind auch mit diesem Haushalt dabei, dies weiter zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle beobachten mit viel Aufmerksamkeit den rasanten Umbruch in der Medienlandschaft. Freilich sind sie überrascht, wie wenig offen die Verantwortlichen in der Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen diesen Prozess zu begleiten versuchen, sondern im Gegenteil der Entwicklung immer eine bestimmte politische Flugrichtung zu geben versuchen.

(Beifall von Thorsten Schick [CDU])

Die rote Linie ist immer mehr das Verlangen nach politischem Einfluss und der Trend, die Medienentwicklung an die engen politischen Zügel der Staatskanzlei zu nehmen; die Besetzungsfragen für einige offene Positionen sind ein beredtes Beispiel dafür.

Salbungsvoll werden im Mediensektor Selbstverständlichkeiten immer als Erfolge gefeiert. Das Schaumwölkchenwerfen wird darin fortgesetzt, dass Sie vorgeben, der bedrückenden Entwicklung im Lokal- und Regionalredaktions- sowie Verlagsbereich unter anderem mit der Stiftung zu begegnen. Das sind aber vage Skizzen, auch im Landesmediengesetz, nicht in Stein gemeißelt, eher in Seife gekritzelt mit der Hoffnung auf den warmen Gebührenregen, dass es dann schäumt und endlich der Beitragszahler in die Pflicht genommen wird, die politischen Versprechen der Landesregierung umzusetzen.

Zum Haushalt: Die gesamten Haushaltsmittel für den Medienbereich belaufen sich auf 21 Millionen €, die jährliche Zinslast in Nordrhein-Westfalen auf 4 Milliarden €. Das ist allein das 190-Fache des Medienhaushalts. Und dann geht die Landesregierung auch noch lasch mit den Ausgaben um.

Ein Beispiel: Man gönnt sich für 215.000 € etwas für Veranstaltungen. Laut Erläuterung im Haushaltsplan plant man damit unter anderem eine Veranstaltung mit Messe- und Kongresscharakter zur digitalen Gesellschaft. Ein konkreter Plan, nachvollziehbare Schwerpunkte – Fehlanzeige! Was rechtfertigt also solche Mehrausgaben? Es scheint mehr, dass sich die Landesregierung wieder eine Portokasse schaffen will, mit der sie Imagepflege betreiben kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn wir über Imagepflege und PR sprechen, kommt man automatisch auf das NRW-Medienforum, wie gerade schon der Kollege Schick. Der Bedeutungsverlust, der sich wohl leider auch 2014 fortsetzen wird, lässt sich durch den Etat bereits erahnen. Besucherzahlen und Resonanz waren 2013 kläglich, es tut mir leid.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Daran trägt die Film- und Medienstiftung aber keine Schuld. Sie ist nur Opfer einer übereilten und uninspirierten Strategie der Landesregierung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wie lieblos Sie mit dem Thema „Medienforum“ umgehen, zeigt sich am Medienterminkalender des nächsten Jahres. Die deutschen Medienveranstaltungen sind schon lange terminiert, nur für das Medienforum NRW gibt es wieder keinen Termin. Langfristige Planung sieht anders aus. Aber vielleicht gibt es ja gleich eine Wiederholung, und die Ministerin zaubert wie bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr den Termin überraschend aus dem Hut. Ich bin voller Hoffnung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was haben die aktuellen Medienprobleme mit dem Haushalt zu tun? – Ich glaube, nicht viel. Hohe Ansätze für Beratung, Sachverständige und Gutachten zeigen: Es reicht nicht, sich Ideen erkaufen zu wollen. Diesmal wird der Ansatz zwar nur leicht erhöht, aber die Begründung ist schon frech, nämlich die Anpassung an das Ist-Ergebnis des Vorjahres. Die Begründung, dass man im Vorjahr mehr Geld ausgegeben hat, als erlaubt war, dafür zu benutzen, dieses Mal wieder mehr zu nehmen, ist schon bemerkenswert.

Damit sind wir beim Grimme-Institut: Das erhält 110.000 € zusätzlich, institutionelle Förderung. Okay, das macht die Planung für das Institut einfacher. Aber was ist der genaue Auftrag? Forschung und Erörterung zum Thema „Digitale Gesellschaft“, wie es gerade wieder salbungsvoll genannt wurde, gibt es an vielen anderen Stellen. Ist das nicht zu viel Geld für schlichte Doppelungen? – Mein Eindruck ist: Die Landesregierung verzettelt sich und setzt auf eine 20. jetzt noch eine 21. Initiative drauf.

Dann muss sich zur Errichtung eines An-Instituts an einer Universität fragen: Wer soll da im Detail was machen? Was die Universität, was Grimme? Projekt oder Professur? Schon ein Institut kostet recht viel. Was soll da eigentlich noch für Forschung übrig bleiben? Vielleicht ist auch das nur wieder ein Versorgungstopf.

Der Eindruck erhärtet sich, dass die sprudelnden Mehreinnahmen, die bei den Rundfunkgebühren bevorstehen, nur dazu genutzt werden sollen – mit Freude durch die Landesregierung –, die Mehraus-

gaben, die man im Haushalt nicht unterbekommt, auf den Gebührensahler abzuwälzen, ob bei Grimme, der Journalismusstiftung oder sonst wo, bevor den Bürgern vollends klar wird, dass die Mehreinnahmen eigentlich nicht dafür da sind, verfrühstückt zu werden, sondern dass sie die zurückbekommen müssten.

Unter dem Strich bleibt: Der Haushalt und die aktuelle Medienpolitik sind unbefriedigend. Aus diesem Grund können wir den Haushalt nur ablehnen. – Danke sehr.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herzlichen Dank, Herr Kollege Nüchel. – Für die grüne Landtagsfraktion spricht Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn mir das Nahelegen erlaubt wäre, dann würde ich jetzt sagen, in Anlehnung an einen berühmten Kollegen Abgeordneten: Herr Schick, Herr Wehner hätte Sie als Herrn Unschick bezeichnet.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Denn Ihre Rede strotzte vor Unschicklichkeiten. Das war der Versuch, all das, was in Nordrhein-Westfalen mit, wie ich finde, bescheidenen Mitteln in die Wege geleitet wird, mit einem Rundumschlag madig zu reden. Es ist bezeichnend, dass Sie sich über das Medienforum und die Kosten pro Person ausgelassen haben. Ich habe den Vergleich nicht in den Detailzahlen da, aber wenn man die Petersberger Conventions nimmt, die an diesem Pult eben schon mal in Rede standen, bei denen mehrere Hunderttausend auf die 500 Gäste gerechnet wurden für das Abendessen und das, was drum herum war, dann kommen solche Zahlen ganz schnell in ein merkwürdiges Licht. Ich weiß gar nicht, ob es uns guttut, sich das gegenseitig immer um die Ohren zu hauen, ob es den Leuten, die uns zuhören, überhaupt eine Erkenntnis bringt.

Ich glaube anders herum, dass das, was für rund 20,9 Millionen € Gesamtetat im Medienbereich in Nordrhein-Westfalen geleistet wird, ganz viel dazu beiträgt, dass wir nach wie vor das Medienland Nummer eins sind. Es ist sinnvoll, dass wir das so weiterforcieren. Dazu gehören natürlich Einrichtungen wie unsere Film- und Medienstiftung, die aus meiner Sicht mit einer Reihe von Veranstaltungen und großartigen Fördermaßnahmen, die unser Land auch durch Filme und die entsprechende Produktion in Deutschland, in Europa und in der Welt bekannt und bekannter machen, eine besondere Aufgabe in Nordrhein-Westfalen erfüllen. Immerhin ist es die größte Filmförderanstalt der Bundesrepublik Deutschland und insofern eine, die sich immer und überall sehen lassen kann.

Interessant ist, dass Sie sich da nirgends sehen lassen. Bei der Kinopreisverleihung in Köln beispielsweise habe ich jedenfalls niemanden auf Anhieb entdecken können, der aus den Oppositionsfraktionen stammte. Das ist schade, denn es war ein interessantes Ereignis. Wenn jemand da war, dann möge er mir meine Bemerkung verzeihen. Immerhin war Herr Adorf da, das war gut. Wir haben an dem Abend gelernt, was in Nordrhein-Westfalen eine breite, gut aufgestellte Kinolandschaft leistet.

Und die Tatsache, dass sie sich heute mehr und mehr digitalisiert organisieren können, also ihre Kinos auf digitale Vorstellungen umstellen können, hat etwas damit zu tun, dass wir zum Beispiel aus diesem, von uns hier mitgetragenen Förderetat über die Film- und Medienstiftung diese Kinos landauf, landab mit entsprechenden Mitteln versehen können. Das sind ganz konkrete, vor Ort spürbare Maßnahmen. Auch das ist Medienpolitik.

Das Gleiche gilt natürlich auch für unsere Einrichtungen: die internationale Filmschule, das Grimme-Institut, das auch schon erwähnt wurde. Aber auch die Dinge, die wir aus der Politik heraus organisieren und betreiben, beispielsweise das Medienforum.NRW, das ich für eine gute und nach wie vor richtige Einrichtung halte. Die insgesamt wahrnehmbaren Bedeutungsverluste bei diesen Veranstaltungen haben wir überall in Deutschland, ob Sie nach Leipzig, München oder Mainz gehen. Überall, wo diese Medientage stattfinden, hat man den Eindruck, als wiederhole es sich ein wenig. Manches dreht sich thematisch im Kreis. Insofern muss man sich da etwas einfallen lassen.

Wir arbeiten an einer Neukonzeptionierung. Das war mit dem diesjährigen Medienforum schon ein Schritt in diese Richtung. Ich erhoffe mir sehr, dass wir mit dem nächsten Medienforum noch einmal die Akzente etwas anders setzen können, um auf diese Art auf die sich verändernden Bedingungen bei einem solchen Kongress reagieren zu können.

Medienkompetenz – das ist auch erwähnt worden – ist aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt, um zu verdeutlichen, was in diesem Land geleistet wird. Sie übergehen dann – das muss man als Opposition auch – den erfolgreichen Medienpass, der sich weit in die Schulen hinein verzweigt. Eben wurde es gesagt: 1.100 Grundschulen beteiligen sich, 77 weiterführende Schulen sind in Pilotprojekten verankert. Also auch das ist ein gutes und breitaufgestelltes Feld und der Versuch, Schule und Medienkompetenz, Bildungs- und Medienpolitik zusammenzuführen. Ich finde, an all dem ist gar nicht so viel auszusetzen.

Wir haben die Landesmediennovelle in Arbeit. Darüber diskutieren wir intensiv. Wir haben eine Novelle des WDR-Gesetzes in Vorbereitung. Wir wollen gemeinsam, hoffentlich über alle Fraktionen hinweg, das Pressegrösso auch hier im Land absichern. Insofern gibt es viel zu tun.

Über eins müssen Sie sich in der Opposition noch einmal verständigen, wenn Sie möchten: Sie müssen sich klarmachen – das geht ein bisschen an Ihre Adresse, Herr Nückel –, ob denn nun der Bedeutungsverlust durch einen kleinen Etat ausgedrückt wird oder ob es umgekehrt so ist, dass sozusagen die Landesregierung dem enorm wichtigen Feld der Medienpolitik aufgrund zu geringer Mittel nicht beikommt. Da müssen Sie sich entscheiden. Ich habe beide Kritiken heute gehört. Einerseits würde das Geld zum Fenster herausgeschmissen, andererseits würde viel zu wenig investiert.

Ich meine, wir befinden uns angesichts der Gesamtsituation des Haushalts hier in einer ganz passablen Situation. Ich könnte mir – genauso wie die Ministerin – manches im Medienbereich noch ein bisschen besser und stärker vorstellen. Aber die Zeiten sind, wie sie sind. Deshalb werden auch wir diesem Einzelplan und der Medienpolitik an der Stelle gemeinsam zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und Marc Herter [SPD])

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt der Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kreativbürgerinnen und Kreativbürger! Herr Keymis, es tut mir sehr leid, dass ich den Schnittchentermin bei der Filmstiftung auch nicht wahrnehmen können.

(Beifall von den PIRATEN)

Für das Versäumnis möchte ich mich bei Ihnen entschuldigen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Ich habe nichts verstanden!)

– Es ging um den Schnittchentermin, den Sie gerade ansprachen. Daran konnte ich leider nicht teilnehmen. Es tut mir sehr leid, dafür möchte ich mich entschuldigen.

Sie haben gesagt, dass man einerseits nicht zu wenig Geld ausgeben und andererseits das Geld nicht gleichzeitig aus dem Fenster werfen könne. Dazu kann ich nur entgegnen, dass man das sehr wohl kann. Das Risiko besteht durchaus.

Der Medienhaushalt, den wir sehen, ist ein Mikrohaushalt. Den muss man mit der Lupe im Haushaltsplan suchen. Es handelt sich um 21 Millionen € in 2014, damit glücklicherweise nur 30.000 € weniger als im Vorjahr. Und bei diesen 30.000 € handelt es sich um eine Verlagerung in einen anderen Haushaltstitel. Der Medienhaushalt konnte also im Wesentlichen stabil gehalten werden, was in Zeiten von Kürzungen an allen Ecken und Enden tatsächlich bemerkenswert und erfreulich ist.

Schon im letzten Jahr haben wir auf einen Punkt hingewiesen, der auch in diesem Jahr kritisch anzumerken ist: Ein Großteil des Medienbudgets geht an das Grimme-Institut und in die Film- und Medienstiftung. Wir unterstützen die Ausrichtung und Zielsetzung dieser beiden Institutionen ausdrücklich. Allerdings sind ihre Haushalte intransparent. Es ist für Außenstehende kaum möglich, nachzuvollziehen, was dort mit dem Steuergeld überhaupt geschieht. Immerhin wurde im Haushalt erstmals eine kurze Übersicht über den Wirtschaftsplan des Grimme-Instituts veröffentlicht. Zugleich wurde der Etat des Grimme-Instituts um 110.000 € für Forschungsprojekte im Bereich „Digitale Gesellschaft“ aufgestockt.

Die Ministerin hat also die Transparenz im Haushalt des Grimme-Instituts verbessert. Gleichzeitig wird der digitale Gesellschaftswandel stärker in den Blick genommen. Demnach haben unsere Vorschläge ja doch Früchte getragen. Piraten wirken also doch manchmal.

(Beifall von den PIRATEN)

Einige Worte noch zur Film- und Medienstiftung NRW, die in diesem Jahr wieder den größten Batzen des Medienhaushalts erhält, nämlich 13,5 Millionen €. Wir wünschen uns natürlich immer noch eine stärkere Förderung digitaler, innovativer Medienformate. Insofern appellieren wir an die Film- und Medienstiftung, ihre Förderprogramme in diese Richtung fortzuführen und weiter auszubauen.

Wir Piraten sind uns der großen kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Medienbranche für NRW bewusst und sind der Überzeugung, dass in unserem Bundesland in diesem Bereich noch viele Schätze zu heben sind. Deshalb unterstützen wir auch die Förderung des AV-Gründerzentrums NRW und anderer Projekte im digitalen Bereich, für die zusätzlich eine halbe Million Euro bereitgestellt sind.

Bedenken haben wir eher bezüglich kleinerer Haushaltstitel – das hat der Kollege Nückel schon gerade angesprochen –, zum Beispiel die 215.000 €, die für eine „Veranstaltung mit Messecharakter“ des neuen Referats „Digitale Gesellschaft“ ausgegeben werden sollen, wobei es derzeit offensichtlich noch keinerlei spruchreife Planung gibt, was das denn eigentlich für eine Veranstaltung sein soll. Gibt es denn nicht schon genug Werbeveranstaltungen der Landesregierung? Könnte man dieses Geld nicht in reale Projekte statt in zweifelhafte Hochglanzveranstaltungen stecken? Grundsätzlich begrüßen wir Piraten die Einrichtung eines solchen Referats „Digitale Gesellschaft“, das sich mit Grundsatzfragen der digitalen Revolution beschäftigen soll. Wir sind sehr gespannt auf die Details zu diesem Referat und wünschen uns die Einbindung der Netzbürger zu einem möglichst frühen Zeitpunkt.

Ich fasse zusammen:

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Schwerd, wenn ich einmal kurz unterbrechen darf. Herr Kollege Keymis hat das Bedürfnis, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen. Lassen Sie die zu?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ja, warum nicht.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Keymis, bitte sehr.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen, Herr Kollege. – Können Sie mir erklären, dass Sie auf der einen Seite nicht wissen, was für 215.000 € von der Landesregierung geplant ist, uns andererseits jedoch frank und frei erklären können, dass es sich um eine Hochglanzveranstaltung handelt?

Daniel Schwerd (PIRATEN): Das Risiko, dass es eine Hochglanzveranstaltung wird, steht im Raum. Solche Dinge haben wir schon gesehen. Deswegen ist hinter meinem Satz auch ein Fragezeichen. Beweisen Sie mir, dass es keine Hochglanzveranstaltung wird! Im Moment haben wir diesen Haushalt abzunehmen und können überhaupt nichts darüber sagen, was dort stattfinden soll.

(Beifall von den PIRATEN))

Ich fasse zusammen: Wir verlangen mehr Transparenz für die Verwendung der Landesmittel durch das Grimme-Institut und die Film- und Medienstiftung NRW. Wir fordern noch mehr Engagement im Bereich der Kreativbranche und der Ausnutzung und Förderung von Chancen der digitalen Gesellschaft.

Von diesen Punkten machen wir unsere Zustimmung für den Medienhaushalt abhängig. Für dieses Jahr bleibt es jedoch dabei: Wir sehen Fortschritte, aber zustimmen können wir diesem Haushalt noch nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuschauer! Bei manchen Beiträgen der Opposition habe ich mich gefragt: Was wollen Sie nun eigentlich? Sie verlangen Kreativität, und jede neue Entwicklung wird verteuert, ohne dass man sie im Detail kennt.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es wird beklagt, dass zu viel Geld ausgegeben wird für das Medienforum. Dann hört man wieder: Weil nun weniger ausgegeben wird als in der Vergangenheit und unter den Vorgängerregierungen, erleide diese Veranstaltung einen Bedeutungsverlust.

Es wird beklagt, die Landesregierung sei nicht offen genug. Dann sagt man, das, was vorgelegt werde, seien nur vage Skizzen, wozu die Bürger und Bürgerinnen, alle Akteure und selbstverständlich Sie als Gesetzgeber, eingeladen sind, Ihre Anregungen zu geben.

Ich glaube, Sie sollten noch einmal darüber nachdenken, was Sie wirklich wollen. Wir wollen die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft annehmen. Deswegen haben wir in diesem kommenden Jahr auch verschiedene Akzente gesetzt.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass wir ein neues Referat „Digitale Gesellschaft“ eingerichtet haben, in dem wir die Debatte begleiten wollen, um zu einer netzpolitischen Strategie der Landesregierung zu kommen, die wir aber erst noch entwickeln müssen. Auch fördertechnisch gesehen wirkt sich eine neue Schwerpunktsetzung dadurch aus, dass das renommierte Grimme-Institut in der Debatte um die digitale Gesellschaft als anerkannte Plattform eine zentrale Rolle einnehmen soll. Deshalb sichert die Landesregierung die Arbeit des Instituts künftig durch eine institutionelle Förderung.

Doch auch Themen, die uns schon in der Vergangenheit beschäftigt haben, wie die verschiedensten Fragen der Medienkompetenz, werden in Zukunft von uns gefördert und befördert, genauso wie das Thema „Open.NRW“.

Die intensiven Diskussionen der letzten Wochen und Monate zur Netzneutralität, Störerhaftung, Datensicherheit und Entwicklung von Social Media haben gezeigt: Hier gibt es Klärungs- und Diskussionsbedarf. So komplex und vielfältig wie die netzpolitischen Themen sind, so vielfältig sind auch die Akteure. Wir wollen nicht nur auf Wissensvermittlung in Veranstaltungen, die Sie als Hochglanzveranstaltungen bezeichnen, setzen, sondern uns geht es in der Tat um Interaktion, um Bürgerbeteiligung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zur Film- und Medienstiftung und ihrer Arbeit sagen. Sie wissen, dass neben der klassischen Förderung die Film- und Medienstiftung neue und breite Aktivitäten entwickelt. Das Medienforum ist hier schon angesprochen worden.

Ich will aber auch den neu geschaffenen Geschäftsbereich „Standortmarketing“ nennen, mit dem die Film- und Medienstiftung mit Marketingmaßnahmen, Präsentationen, Veranstaltungen, Messeauftritten und Ähnlichem für den Medienstandort NRW wirbt. Das wird durch die Tochter „Mediencluster NRW GmbH“ vorgebracht.

Aber auch der Förderhaushalt der Film- und Medienstiftung zeitigt Erfolge, sowohl im Bereich der digitalen Wirtschaft als auch nach wie vor im klassischen Filmgeschäft. Dort ist es nicht nur so, dass wir zahlreiche Auszeichnungen erringen können, sondern auch für jeden Euro Förderung mindestens 1,50 € ausgegeben werden müssen, in Wahrheit also sogar ein NRW-Effekt von 225 % erzielt worden ist. Das eingesetzte Geld lohnt sich somit auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Meine Damen und Herren, gerade sind zwei Emmy Awards und eine UNESCO-Auszeichnung nach Nordrhein-Westfalen gegangen. Das ist einmal die Anerkennung für den ZDF-Film „Das Wunder von Kärnten“ und andererseits für Frau Schäferkordt, die als Chefin der Mediengruppe RTL ebenfalls einen International Emmy für ihre Verdienste um den Sender RTL und das Privatfernsehen bekommen hat.

Daraus können Sie entnehmen: Schon die Unterschiedlichkeit der Auszeichnungen zeigt die große Vielfalt des Medienlandes NRW. Preise stehen immer erst am Ende eines gewinnbringenden Prozesses, und wir in Nordrhein-Westfalen schaffen die Voraussetzungen dafür, dass diese Prozesse nachhaltig gelingen können.

Herr Präsident, gestatten Sie mir zum Abschluss dieses Gesamtkomplexes Einzelplan 02 noch zwei abschließende Sätze. Ich möchte das Fazit ziehen, dass der Haushalt der Ministerpräsidentin wieder einmal aus finanzwirtschaftlicher Sicht sehr zurückhaltend ist und trotzdem wichtige inhaltliche Akzente setzt.

Ich möchte mich bei Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bedanken für die überwiegend sachliche Debatte, die wir heute hier geführt haben, die dem Ansehen dieses Hohen Hauses sicher guttut. Ich möchte mich außerdem bedanken, dass es mir durch eine Tagesordnungsumstellung ermöglicht worden ist, diese Debatte mit Ihnen zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Einzelplanberatung vor. Ich schließe damit die Aussprache zu Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4402, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Stein. Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion. Damit ist der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Änderungsantrag
des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos)
Drucksache 16/4483

In Verbindung mit:

Bildungsinnovation 2020 – Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4435

In Verbindung mit:

Erste Konsequenz aus den schlechten Ergebnissen Nordrhein-Westfalens in der IQB-Vergleichsstudie zu mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen ziehen – zusätzliches Fortbildungsprogramm zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer auflegen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4440

Ich weise auch auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 05 Drucksache 16/4405 hin. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion spricht zunächst Frau Kollegin Vogt.

Petra Vogt (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits zum dritten Mal innerhalb eines Jahres erleben wir an dieser Stelle Haushaltsberatungen. Eigentlich hätte man sich die erneuten Beratungen sparen können, da auch im vorliegenden Entwurf kein Gestaltungswille erkennbar ist.

Wieder einmal offenbaren die Zahlen der Ministerin nichts Gutes für unser Bundesland. Das Haushaltsvolumen des Einzelplans 05 steigt gegenüber 2013 um 465 Millionen € auf 15,6 Milliarden € an und macht damit ca. 25 % an den Gesamtausgaben aus. Allein diese Zahl zeigt deutlich, dass Handlungsbedarf besteht, wenn man die Konsolidierung der Landesfinanzen ernst nimmt. Doch davon ist der vorliegende Entwurf weit entfernt. Es gibt allem Anschein nach nur ein „Augen zu und weiter so wie bisher“. Uns treibt die Sorge um, dass wir von Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin, in der gesamten Legislaturperiode nichts anderes mehr zu hören bekommen.